Parteitag der Demagogie und der sozialimperialistischen Expansion Seite 9 und 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 13 vom 27. März 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Tarifrunden

'Stabilitätsgerechte' Abschlüsse nützen nur den Kapitalisten

Als die Tarifrunden in der Metallindustrie, im Offentlichen Dienst, in der Bauindustrie gerade begonnen hatten, erklärte der Chef des DGB, Vetter, vor der Presse: „Ich vertraue darauf, daß meine Kollegen, die jetzt in schwierigen Verhandlungen sind, wie auch früher aus ihrer Verantwortung für das Ganze und für unsere Mitglieder und die Arbeitnehmerschaft den richtigen Weg finden." In der Tat, ohne die „Verantwortung" des DGB-Apparates „für das Ganze", sprich für die kapitalistische Ausbeuterordnung, wäre es den Kapitalisten nicht gelungen, jetzt die Lohnraubabschlüsse auf breiter Front durchzusetzen.

Die Politik des DGB-Apparates, das zeigen die Tatsachen, bedeutet für die Arbeiterklasse von vornherein vor den Angriffen der Kapitalisten zu kapitulieren, denn diese Politik besteht darin, den Arbeitern einzureden, sie hätten mit den Kapitalisten ein gemeinsames Interesse am „sozialen Frieden", „dem Aufschwung der Wirtschaft", der „Erhaltung der Stabilität" und dergleichen mehr. Klassenversöhnung, das ist der Kernpunkt dieser Politik, die der DGB-Apparat als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung seit seinem Bestehen verbreitet, um die Arbeiterklasse vom unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf abzuhalten und sie gegenüber den Angriffen der Kapitalisten zu entwaffnen. Begünstigt von der relativ friedlichen Entwicklung des westdeutschen Kapitalismus in den Jahren nach dem Kriege, begünstigt aber vor allem durch den Verrat der modernen Revisionisten, die selbst die Politik der Klassenversöhnung predigen, hat sich diese Ideologie in breiten Teilen der Arbeiterklasse ausbreiten können.

Wie kommt es denn, daß viele Kollegen Zweifel daran haben, ob jetzt, in der Krise, angesichts von über einer Million arbeitsloser Kollegen, Kampf überhaupt möglich ist oder ob es nicht besser ist, stillzuhalten, aus Angst davor den Arbeitsplatz zu verlieren, in der Hoffnung, daß es nächstes Jahr wieder „aufwärts" geht oder aus ähnlichen Gründen? Zeigt das nicht gerade die Gefährlichkeit der Ideologie der Klassenversöhnung, die immer noch viele Arbeiter gefangen hält und sie am entschlossenen Kampf gegen den Kapitalismus und seine Handlanger hindert?

Die Ideologie und die Politik der Klassenversöhnung, die der DGB-Apparat betreibt, soll die Arbeiter vor den Karren des Kapitals spannen, damit sie Ja und Amen zu ihrer eigenen Ausbeutung und Unterdrückung sagen.



15. 3. 76 — Vulkanarbeiter in Bremen demonstrieren gegen den geplanten Lohnraub.

Von der Aufstellung der Forderungen über das „Kampfgeschrei" gegen die „Provokation" der Kapitalisten, bis hin zur Rechtfertigung des Lohnraubes vor den Arbeitern hat der DGB-Apparat auch in den Tarifrunden dieses Jahres immer die Politik der Klassenzusammenarbeit gepredigt, so, wie es die „Welt der Arbeit" am 19. März zusammenfaßt: „Die Gewerkschaften haben gezeigt, daß sie sich über volkswirtschaftliche Daten nicht rücksichtslos hinwegsetzt ... stabilitätsgerechter gehts nicht mehr."

So will der DGB-Apparat vertuschen, daß solche „volkswirtschaftlichen Daten" wie z.B. 1,3 Millionen Arbeitslose, wie die unglaubliche Arbeitshetze und Rationalisierung in den Betrieben, Inflation und Teuerung, kurz die verschärfte Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiterklasse gerade in der Krise untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden sind.

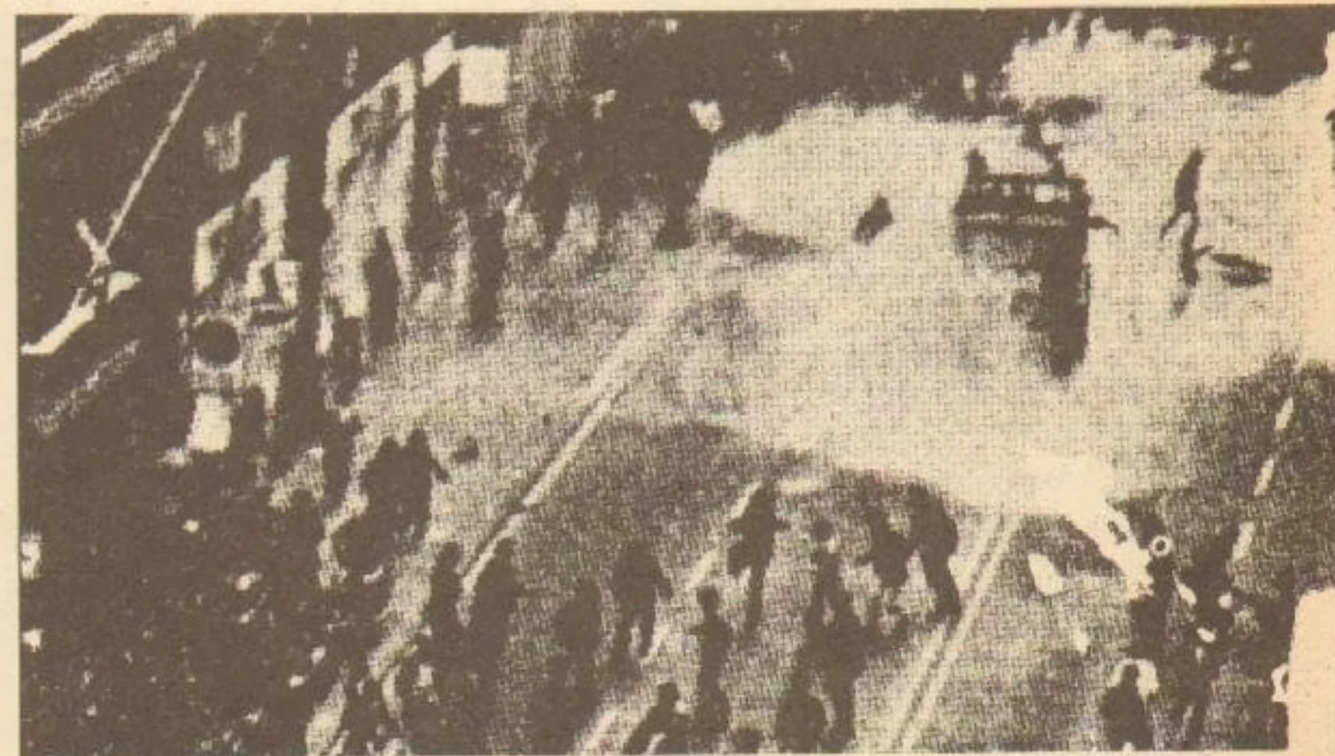
Ähnlich verräterisch ist die Politik der modernen Revisionisten der D„K"P, wenn auch mit einem etwas radikaleren Anstrich. Eine der Hauptparolen der D„K"P-Revisionisten während der Tarifrunde lautete z.B.: „Die Bosse können zahlen, also ist der Kampf für höhere Löhne aussichtsreich". Als ob da der Hund begraben liegt. Soll etwa die Arbeiterklasse ihren Kampf an der Höhe der Profite der Kapitalisten ausrichten? Das ist

Fortsetzung auf Seite 4

FRAP in Frankreich verboten

In Frankreich wurde die FRAP, die Revolutionäre Antifaschistische und Patriotische Front verboten. Am 16. März erschien ein offizieller Erlaß der französischen Regierung, der die Auflösung der FRAP verfügt und festlegt, daß die Führer der FRAP die Habe der Organisation innerhalb eines Monats liquidieren müssen.

Erst kurz vor Erscheinen dieses Regierungserlasses hatte sich der französische Minister Poniatkowski mit dem spanischen Innenminister getroffen. Es kann kein Zweifel bestehen, daß dabei auch das Verbot der FRAP auf der Tagesordnung stand. ‚L'Humanité Rouge', die Zeitung der französischen Kommunisten/Marxisten-Leninisten schreibt dazu: Das Verbot „ist das Ergebnis der Übereinkunft zwischen der französischen und spanischen Regierung über die Unterdrückung des antifaschistischen Kampfes in Spanien." Die Zeitung schreibt weiter: „Die französische Regierung zeigt so in großem Stil ihre Komplizenschaft mit den Erben Francos. Diese Entscheidung drückt die Angst der französischen und spanischen Bourgeoisie vor der Entwicklung der revolutionären Kämpfe in Spanien aus."



Spanische Arbeiter in Oviedo (Asturien) demonstrierten ihre Solidarität mit den baskischen Arbeitern. (Photo: Demonstration am 11. 3. 76).

Das Verbot der FRAP in Frankreich entlarvt mit einem Schlag das Gerede der westeuropäischen Politiker über eine von ihnen gewünschte ‚demokratische Entwicklung' in Spanien. Die Demokratisierung in Spanien, die sie befürworten, soll gerade nicht eine Entfaltung der Kämpfe der spanischen Völker möglich machen. Sie soll im Gegenteil die wirtschaftliche und politische Macht der spanischen Oligarchie und ihres Herrn, des US-Imperialismus, stabilisieren. Soll die wirtschaftlichen und politischen Interessen der westeuropäischen Imperialisten in Spanien sichern. So ist es auch nicht verwunderlich, daß diese Demokratisierung sich auf die gleichen Männer stützt, die bereits in der Zeit des Franco-Faschismus die spanischen Völker unterdrückten, daß sie sich, genau wie der Franco-Faschismus, gegen die revolutionären Kräfte Spaniens richtet.

Fortsetzung auf Seite 2

Frankreich

Die ermordeten Bauern werden gerächt werden

Der militante Kampf der Weinbauern in Südfrankreich, der bereits zwei Todesopfer gekostet hat, nimmt immer mehr zu. Französische Genossen von ‚L'Humanité Rouge' berichteten uns:

Seit dem Frühjahr 1970, wo die ersten großen Kämpfe der Weinbauern in Südfrankreich stattfanden, hat sich ihre Lage nicht geändert. Die Languedoc-Roussillon, das Kerngebiet des Kampfes, ist eine Region mit kleiner und mittlerer Industrie, die besonders stark betroffen ist von Arbeitslosigkeit, und einer starken Wein-Monokultur. 80% der Weinbauern hier besitzen weniger als 10 ha Land. Trotz guter Ernten in den letzten Jahren sank der Preis, den sie für ihren Wein bekommen, die meisten sind gezwungen, unter ihrem Selbstkostenpreis zu verkaufen. Denn die Weingroßhändler haben durch den Import von billigem italienischen Wein die Preise gedrückt und so Riesenprofite in ihre Taschen gesteckt. Man kann sagen, daß heute 35000 Winzer in Südfrankreich vom Ruin bedroht sind.

Ihr Kampf dagegen hat sich seit dem Frühjahr 1975 immer mehr verstärkt. Die Weinbauern schlossen sich in Aktionskomitees zusammen, die von einem ‚Zentralen Weinbauernkomitee' geleitet werden. Mehrere Straßenblockaden wurden durchgeführt. Auch die übrige werktätige Bevölkerung unterstützt den Kampf der Weinbauern. Am 29. Dezember und am 5. Februar fanden in mehreren Städten riesige Demonstrationen statt, an denen über 200000 Menschen teilnahmen. Die Winzer beschlagnahmten Großtankwagen der Weinhändler und schütteten den importierten italienischen Wein auf die Straße.

Fortsetzung auf Seite 6

AUS DEM INHALT

Dialog EG/RGW 2
Brandt in Portugal 2
D„K"P — Demokratischer Kampf 3
Warum Austritt aus der D„K"P? 3
Betriebsräte für verstärkte Aufrüstung 4
Heidenreich & Harbeck: Kampf gegen Betriebsschließung 5
Wyhl: Erpressungsmanöver der Landesregierung 6
BKA — Bespitzelung durch elektronische Fahndung 7
Buchbesprechung: Den Gelben Fluß entlang 8
FRETILIN-Interview 11
Palästina: Militante Massenkämpfe 11
Neue Kämpfe in Azania 11

Ein Kommentar von Radio Tirana

Dialog der Ausbeuter des Ostens und Westens

Seitdem gemeldet wurde, daß der RGW Mitte des vergangenen Monats mit dem neuen Vorschlag an die EWG herantrat, offizielle Verhandlungen über die Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen beiden Gruppierungen aufzunehmen, wurden in der revisionistischen Presse verschiedene Materialien zu dieser Frage veröffentlicht. Diesen Vorschlag stellt die revisionistische Propaganda als einen weiteren Beitrag zur Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern, als eine Konkretisierung der auf der Konferenz von Helsinki zustandegebrachten Abkommen hin. Moskau freute sich besonders über die Mitteilung, der EWG-Ministerrat habe die Initiative des RGW zur Aufnahme von Verhandlungen, um ein allgemeines Abkommen auf der Grundlage der gegenseitigen Beziehungen zustandezubringen, akzeptiert.

Auf den ersten Blick sieht es etwas verwunderlich aus, daß die revisionistische Propaganda sich in solchem Lob ergeht, daß der sowjetische Block sich mit dem westlichen verbinden will, und daß schließlich die EWG die RGW-Initiative unterstützt. Bis gestern noch hatten ja die Sowjetrevisionisten und ihresgleichen die EWG als Ausgeburt der kapitalistischen Trusts, als Wirtschaftsbasis der NATO und als eine ernste Gefahr für die europäischen Völker bezeichnet. Die EWG ihrerseits erkannte den RGW überhaupt nicht an. Sie bevorzugte es, die Beziehungen zu den revisionistischen Ländern nicht von Block zu Block zu unterhalten, sondern auf Einzelbasis. Es ist bekannt, daß die Chefs der EWG bis jetzt niemals eingewilligt hätten, die sowjetische Initiative für eine Verbindung von Block zu Block zu akzeptieren. **Was veranlaßte die beiden Seiten, eine neue Platte aufzulegen?**

Sowohl die EWG — von den kapitalistischen Monopolen im westlichen Teil Europas errichtet —, als auch der RGW — dieser gemeinsame Markt der revisionistischen Länder im Osten unseres Kontinents — sind wirtschaftlich-politische Gruppierungen mit bestimmten Absichten. Die westlichen Monopole taten sich zusammen, um kollektiv gegen die Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern vorzugehen, den Neokolonialismus und die Expansion außerhalb der Grenzen Europas zu erweitern und die Wirtschaftsbasis der NATO zu sichern. Die EWG spielte eine sehr wichtige Rolle bei der Militarisierung Westdeutschlands und dabei, seine Wirtschaft in den Dienst der NATO und ihrer Pläne zu stellen. Die sowjetischen Sozialimperialisten bedienen sich ihrerseits des RGW dazu, ihre Satellitenländer unter vollständiger wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Kontrolle zu halten. Sie benutzen ihn als den ökonomischen Hebel des Warschauer Vertrags.

Die Schaffung dieser beiden Gruppierungen, um die egoistischen Interessen der NATO und des Warschauer Vertrags durchzusetzen, brachte unweigerlich eine heftige Rivalität zwischen beiden und den Zusammenprall ihrer Interessen in Europa und außerhalb seiner Grenzen mit sich. Das war der Grund, weshalb bis jetzt zwischen der EWG und dem RGW keine Abkommen zustandekamen, in denen die Verhaltensregeln, die Grenzen der jeweiligen Wirkungssphären und die jeweiligen unantastbaren Zonen enthalten sein müßten. Die Krise und die zahlreichen Schwierigkeiten jedoch, in denen die Teilnehmer dieser beiden militärisch-politischen Blöcke stecken, zwingt sie jetzt dazu, nach gemeinsamen Auswegen zu suchen.

Die Sowjetrevisionisten benötigen Kapital, Technik und neue Technologie aus den westlichen Ländern. Dafür machen sie große Zugeständnisse in Politik und Wirtschaft. Bereits seit drei Jahren verlangen sie nachdrücklich Verträge und Verhandlungen mit der EWG, die sie früher nicht anerkannten und der sie alles mögliche an den Kopf warfen.

Auch die EWG-Länder stecken in der Krise. Sie benötigen Märkte, um ihr Kapital zu investieren und ihre Halden loszuwerden. Die Energiekrise würgt sie noch stärker. Deswegen liebäugeln sie mit den sowjetischen Naturvorkommen und den sowjetischen Absatzmärkten. Um das alles zu erlangen, willigt die EWG jetzt plötzlich ein, über die Beziehungen zwischen den Blöcken zu diskutieren.

Die Zuspitzung der Krise zwingt also beide Seiten, eine Lösung für die Probleme zu finden, die bei dem neuen Dialog zwischen den beiden Gruppierungen aufgetreten sind. Die Revisionisten brauchen zwar westliche Kredite und Ausrüstungen, aber sie können die bisherigen Bedingungen nicht völlig akzeptieren. Erwähnen wir, daß allein im vergangenen Jahr das Zahlungsbilanzdefizit des RGW mit den vier wichtigsten EWG-Ländern etwas mehr als 4 Mrd. Dollar betrug. Deshalb fordern die revisionistischen Länder die Abschaffung der diskriminierenden Maßnahmen, die ihnen die westlichen Länder aufgezwungen haben. Letztere möchten ihre Positionen festigen, um die Bemühungen fortzusetzen, ihren Einfluß in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in anderen revisionistischen Ländern zu erweitern, ohne Rücksicht auf die sowjetischen Anstrengungen, diese Bemühungen zu bremsen oder zu begrenzen.

Man sieht also, daß die Vorschläge und Gegenvorschläge der kapitalistischen und revisionistischen Gruppierungen in Europa das Hauptziel verfolgen, die Positionen des Großkapitals Westeuropas und der Sowjetunion im östlichen Teil Europas beizubehalten und zu erweitern. Der sogenannte neue Dialog zwischen dem RGW und der EWG ist der Dialog der kapitalistischen Ausbeuter des Ostens und des Westens, der Dialog der Haifische darüber, wie sie die Plünderung der Mühe und des Schweißes der europäischen Völker, einerlei zu welcher Gruppierung sie gehören, besser organisieren können. Die gesamte Tätigkeit der EWG und des RGW beruht auf der Unterdrückung und Ausbeutung der wirtschaftlich schwächeren Länder. Die EWG und der RGW sind Werkzeuge in Händen der imperialistischen Mächte, um die Völker wirtschaftlich zu unterwerfen und die Privilegien jener, die sie manipulieren, aufrechtzuerhalten. Von diesen Kontakten, Verhandlungen und Abkommen kann man also nur Vereinbarungen erwarten, die die Plünderung und die Unterwerfung der europäischen Völker zum Ziel haben.

— Anzeige —

Enver Hoxha
Rede im Namen des ZK der PAA auf der Beratung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau
16. November 1960

Ramiz Alia
Die Linie des Kampfes und des Sieges gegen den Chruschtschow-Revisionismus

VERLAG ROTER MORGEN

Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 1649

Was hat Brandt in Portugal zu suchen?

An der Spitze einer Delegation der ‚Sozialistischen Internationale' ist Willy Brandt am vergangenen Wochenende nach Portugal gereist, um der Sozialistischen Partei Soares' für die Wahlen am 25. April jede erdenkliche Hilfe zu versprechen. Diese Reise gehört zu den verstärkten konterrevolutionären Aktivitäten, die die europäischen Imperialisten und vor allem die westdeutschen Imperialisten in der letzten Zeit entfaltet haben, um die revolutionären Kräfte in Portugal niederzuschlagen und das portugiesische Volk um so besser ausplündern und unterjochen zu können.

Das portugiesische Volk, das mit dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes gewisse Freiheiten gewann, entfaltete im vergangenen Jahr eine große Massenbewegung für die nationale Unabhängigkeit des Landes, gegen die Ausplünderung der breiten Volksmassen durch die einheimische Großbourgeoisie, die Großgrundbesitzer und die ausländischen Imperialisten. Angesichts dieser Lage entwickelten die westlichen Imperialisten eine fieberhafte Tätigkeit, um den Vormarsch und den Aufschwung der revolutionären Kräfte zu unterdrücken, während die Revolutionäre eingekerkert werden.

Willy Brandts demonstrative Reise ist ein Höhepunkt in der Reihe von Einmischungen, Interventionen, Drohungen und Erpressungen der westdeutschen Imperialisten gegenüber Portugal. Die großen Schwierigkeiten der portugiesischen Wirtschaft ausnutzend, boten sie einen großen Kredit an (ein Kredit, der die Verschuldung und Abhängigkeit Portugals nur noch mehr vergrößert). Ihre Bedingung dabei war, daß die portugiesische Großbourgeoisie die revolutionären Kräfte unterdrückt. Kurze Zeit darauf reisten in schneller Folge Genscher und Leber nach Portugal, um Geheimverhandlungen mit der Regierung zu führen. **Schließlich kam heraus, daß der bekannte Faschist Galvao de Nelo enge Beziehungen zur Botschaft der Bundesrepublik unterhält und daß der westdeutsche Geheimdienst in den faschistischen Putschversuch vom September 1975 verwickelt war.**



Aufkleber der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut).

[revolutionären Kräfte zu unterdrük-]ken, während gleichzeitig die russischen Sozialimperialisten versuchten, die Lage auszunutzen, um ihrerseits in Portugal einzudringen. Vor allem mit Hilfe der revisionistischen Partei Cunhals, Agentur des russischen Sozialimperialismus, die mit scheinbar revolutionären Losungen auf den Lippen in Wirklichkeit das Volk entwaffnete, gelang es der Bourgeoisie schließlich, diese Bewegung vorübergehend in die Sackgasse zu führen. Einen besseren Dienst konnten sie dem amerikanischen Imperialismus nicht erweisen. **Einen besseren Dienst aber auch nicht dem westdeutschen Imperialismus, der nach dem amerikanischen Imperialismus der größte Blutsauger des portugiesischen Volk ist.** Und niemand anders als Soares ist es, der als ‚Demokrat' getarnt, in Wirklichkeit das portugiesische Volk an den amerikanischen und westdeutschen Imperialismus verkauft. Heute treten in Portugal ganz offen wieder die faschistischen Kräfte auf den Plan, sie werden aus den Gefängnissen entlassen.

Die westdeutschen Imperialisten haben in Portugal nichts zu suchen. Wer ihre konterrevolutionären Aktivitäten gegen das portugiesische Volk beschönigt und unterstützt, ist ein Sozialchauvinist.

Das portugiesische Volk und seine Vorhutpartei, die PCP(R) kämpfen für die Volksdemokratie, für die wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit. Es ist die internationalistische Pflicht aller Revolutionäre, diesen Kampf zu unterstützen und die konterrevolutionären Aktivitäten des westdeutschen Imperialismus in Portugal zu bekämpfen.

FRAP in Frankreich verboten

Fortsetzung von Seite 1

Die westdeutschen Imperialisten gehören zu denjenigen in Westeuropa, die die größten Interessen in Spanien haben. Man darf deshalb sicher sein, daß auch sie ihre Überlegungen anstellen, wie sie dazu beitragen können, den Kampf der spanischen Völker aktiv zu unterdrücken und die Solidarität mit dem Kampf der spanischen Völker in Westdeutschland selber zu unterbinden. Es ist noch nicht lange her, daß Vetter, der Boss des DGB-Apparates, klarstellte, daß eine Demokratisierung in Spanien voraussetze, daß die spanische Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen ihre revolutionären Kämpfe beenden. Und was die FRAP angeht, so stellt der Verfassungsschutz bereits in seinem Bericht von 1974 fest, daß sie es ist, die neben türkischen revolutionären Organisationen die „innere Sicherheit der Bundesrepublik" am meisten gefährdet.

Aber so wenig die französische Bourgeoisie durch das Verbot der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten die Aktivität der Partei aufhalten konnte, so wenig wird sie schließlich auch mit einem Verbot der FRAP gegen ihre Aktivitäten und gegen den Kampf der spanischen Völker ausrichten können. Was aber für Frankreich gilt, trifft für andere westeuropäische Länder nicht weniger zu. Im Gegenteil, diese offenen Schritte bei der Unterstützung der spanischen Reaktion werden die Solidarität der westeuropäischen Völker mit dem revolutionären Kampf der spanischen Völker noch weiter verstärken.

Kurz berichtet

LÜNEBURG

Am 14. 3. 76 gründete sich aus ehemaligen Mitgliedern und Sympathisanten des KJVD in Lüneburg die ROTE GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML in Lüneburg. Den entscheidenden Anstoß für die Genossen, sich von der GRF zu lösen, gab deren Linie im Kampf gegen die Supermächte, die Unterschätzung des US-Imperialismus dabei und vor allen Dingen die falsche Haltung zum Kampf gegen die eigene Bourgeoisie.

DETMOLD

Am 12. 3. fand eine Veranstaltung der ROTEN GARDE Detmold gegen den § 88a statt. Die Veranstaltung hatte zu einem Termin davor abgesetzt werden müssen, weil der Wirt eine Bombendrohung erhalten hatte und deshalb die Durchführung der Veranstaltung ablehnte.

BAD KREUZNACH

‚Barrikade' ist die Zeitung der ROTEN GARDE Bad Kreuznach. Die erste Nummer dieser Zeitung, die jetzt im März erschien, stellt im Leitartikel die ROTE GARDE vor. In einem anderen Artikel wird der Kampf der Bad Kreuznacher Jugendlichen für ein Jugendzentrum unterstützt.



WILHELMSHAVEN

Am 14. 3. unternahm die ROTE GARDE Wilhelmshaven eine Aktion gegen die Vorführung des chinafeindlichen Hetzfilms ‚Die Chinesen in Paris'. Gemeinsam mit Genossen des KBW stellten sich die Genossen vor den Eingang des Kinos. Von offensichtlichen Provokateuren, die ins Kino drängten, wurde dabei ein Genosse in die Türscheibe geworfen und verletzte sich. Mit den wenigen Menschen, die als Zuschauer gekommen waren und Passanten führten die Genossen interessante Diskussionen. Nicht nur über die Aktion, sondern auch über die Polizei, die der Kinobesitzer gegen diese Protestaktion angefordert hatte.

DARMSTADT

Am 5. 3. fand das erste ROTE-GARDE-Fest in Darmstadt statt. Zu diesem Fest wurde durch ein Flugblatt und ein selbstentworfenes Plakat aufgerufen. Eine Genossin der ROTEN GARDE hielt auf dem Fest eine kurze Ansprache. Später wurde ein Stück des Agit-Prop-Trupps Wiesbaden aufgeführt, das großen Beifall fand. Außerdem bestand bei Wurfspielen die Gelegenheit, die eigene Treffsicherheit zu überprüfen. Jeder Wurf kostete 30 Pfg. — eine Spende für den Aufbau der Sektion DDR der KPD/ML. Für den gleichen Zweck waren auch die 140 DM bestimmt, die eine Sammlung unter den Teilnehmern des Festes ergab.

MOORDIEK

Ca. 50 Menschen, hauptsächlich Bauern und Landarbeiter, kamen zur Bauernveranstaltung der Partei in Moordiek, auf der Genosse Ernst Aust zur Lage der Bauern sprach. Mehrfach wurde die Rede des Genossen Ernst Aust durch Zwischenfragen unterbrochen und viele Bauern diskutierten nach der Veranstaltung noch bis kurz vor Mitternacht mit Genossen der Partei.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkont Dortmund Nr. 417 06—466. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,-- DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

"Demokratischer Kampf" der D'K'P

Im Dienst des Kapitals – gegen die Revolution

Kurz nach dem Parteitag der KPdSU fand in Bonn der Parteitag der D„K"P statt. Wie der Bericht des D„K"P-Vorsitzenden Mies zeigte, ist diese Terminwahl kein Zufall. Daß Mies & Co. der Breschnew-Clique den Vortritt ließen, ist als eine Demonstration für die stramme Haltung anzusehen, mit der die D„K"P nach wie vor Moskau die Treue hält.

Vor allem aber wollte sich die D„K"P mit diesem Parteitag als eine Partei präsentieren, die die Interessen der Werktätigen hier in Westdeutschland vertritt, als eine Partei, die den Werktätigen eine Alternative zum Kapitalismus — den Sozialismus — anzubieten hat. Wir wollen an einem Punkt — dem Kampf gegen den Abbau der demokratischen Rechte — zeigen, daß dieses Auftreten der D„K"P in Wirklichkeit nichts als Betrug ist.

Neben Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und verschärfter Ausbeutung in den Betrieben sind die Werktätigen in unserem Land zunehmend über den wachsenden Abbau demokratischer Rechte beunruhigt. Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei durch den Verfassungsschutz, politische Entlassungen in den Betrieben, das immer massivere und brutalere Auftreten der Polizei — all das hat zu einer breiten Empörung gegen die politische Unterdrückung geführt. Diese Bewegung ist für die Bourgeoisie gefährlich. Richtet sie sich doch, auch wenn die Werktätigen oftmals nur einzelne Institutionen — wie den Verfassungschutz — oder einzelne Kapitalisten oder Polizisten als Gegner vor Augen haben, objektiv direkt gegen den kapitalistischen Staat. Das heißt, an dieser Kampffront ist die Gefahr für die Bourgeoisie besonders groß, daß die Werktätigen erkennen, daß dieser Staat sich gegen sie richtet, daß mit seiner Hilfe die Bourgeoisie gewaltsam ihre Herrschaft aufrechterhält.

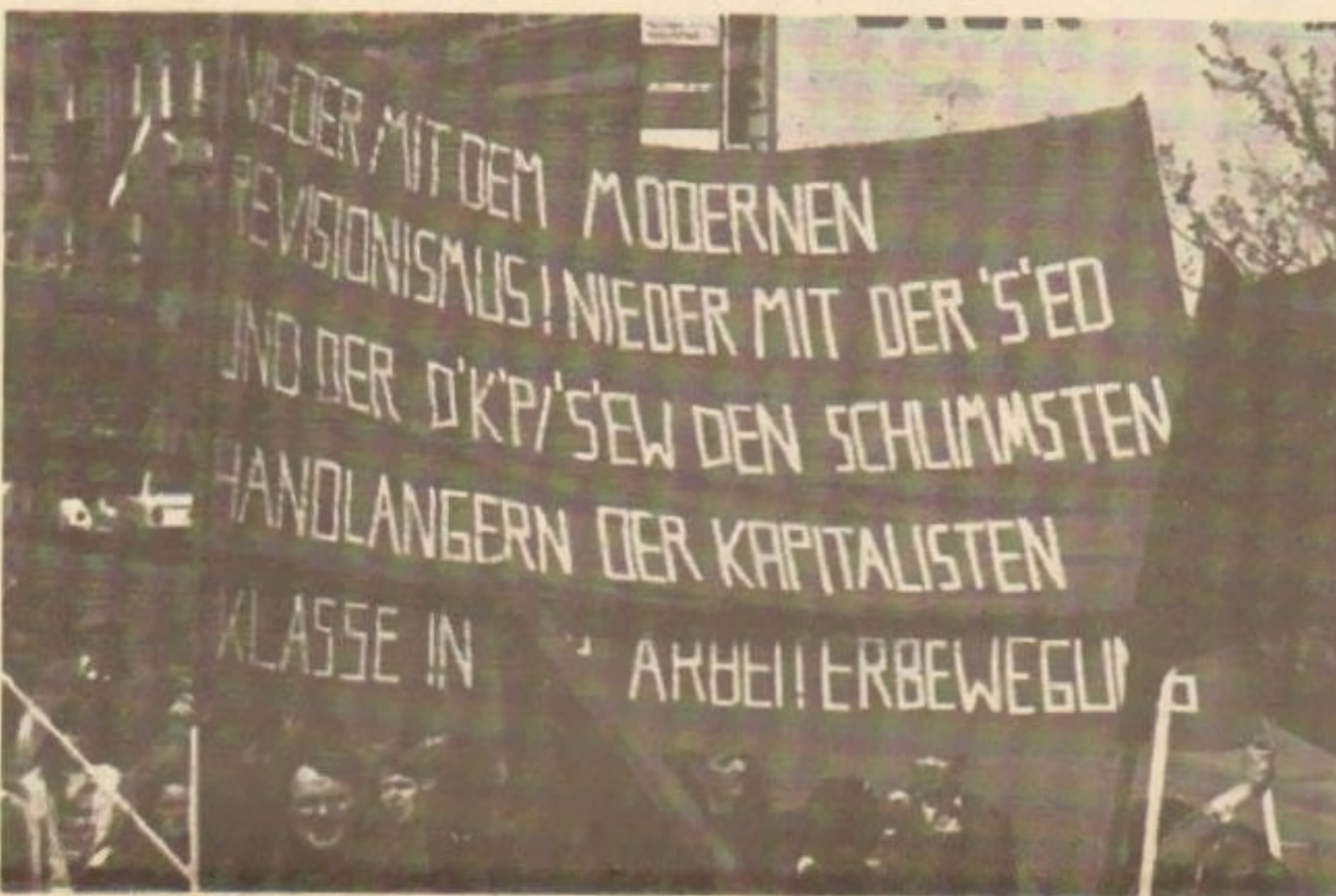
So ist es kein Zufall, daß der „Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte" eine der Hauptparolen der D„K"P ist. In seinem Bericht auf dem Parteitag der D„K"P erklärte Herbert Mies: „Stets waren wir Kommunisten in der ersten Reihe zu finden, wenn es um die elementaren Lebensinteressen der Werktätigen, um ihre sozialen und politischen Rechte ging."

Stets in den ersten Reihen? Tatsächlich stellt es sich für die Mehrheit der Bevölkerung so dar, die in Fernsehen, Rundfunk und Presse von immer neuen Kongressen, Initiativen und Demonstrationen der D„K"P gegen den Abbau demokratischer Rechte hört und liest. Wer allerdings in den Betrieben arbeitet, in denen Genossen der Partei oder anderer revolutionärer Organisationen entlassen wurden, der weiß es besser. Hier rühren die sauberen „Demokraten" der D„K"P keinen Finger für die Verteidigung der politischen Rechte. Wenn sie aktiv werden, dann nicht gegen die Kapitalisten, nicht gegen die politischen Entlassungen, sondern im Gegenteil, gegen die Genossen. Ähnlich ist es überall, wo sich der Abbau demokratischer Rechte gezielt gegen den Marxismus-Leninismus, gegen Genossen der Partei und anderer revolutionärer Organisationen richtet.

Und wo ist denn die D„K"P, wenn es um den Kampf gegen die faschistische Unterdrückung in den revisionistischen Staaten Osteuropas geht? Um die politischen Gefangenen in der Sowjetunion und in der DDR, um die Arbeitermorde in Polen 1970? Hier steht sie genauso auf der anderen Seite der Barrikade wie beim Kampf gegen den Marxismus-Leninismus in Westdeutschland und Westberlin. Mit dem einen Unterschied, daß sie die faschistischen Regime in Osteuropa noch als angeblich „sozialistisch" preist.

Aber es gibt auch Fronten im Kampf gegen die politische Unterdrückung, wo die D„K"P tatsächlich in den ersten Reihen steht, bzw. versucht, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Zum Beispiel im Kampf gegen die Berufsverbote. Aber gerade hier ist es um so wichtiger zu fragen: Warum tut sie das? Wohin will sie diesen Kampf führen?

Betrachtet man die Zahl der Berufsverbote, die Aufrüstung der Polizei usw., so ist offensichtlich, daß sich die politische Unterdrückung in den letzten Jahren erheblich verschärft hat. Es ist deshalb zweifellos richtig und notwendig, den weiteren Abbau demokratischer Rechte zu bekämpfen, die noch bestehenden Rechte zu verteidigen. Aber die Tatsache, daß es heute „schlimmer" ist als gestern, heißt natürlich noch lange nicht, daß es gestern „gut" war. Demokratie ist im Kapitalismus immer eine Herrschaftsform der Bourgeoisie, eine Form der Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen.



Scheinbar vertritt die D„K"P auch diesen Standpunkt, wenn Mies auf dem Parteitag erklärt: „Jawohl, Freiheit und Demokratie sind Klassenfragen. Das Schönreden über die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung' ändert nichts daran, daß in der Bundesrepublik tatsächlich das Großkapital, die Minderheit der wirtschaftlich Mächtigen über die Mehrheit des Volkes herrscht, eine Diktatur über das Millionenheer der Arbeiter und Angestellten, der Bauern, der Intelligenz und des Mittelstandes ausübt." Wenn aber Freiheit und Demokratie **Klassenfragen sind, was richtig ist,** wenn das Großkapital (in Wirklichkeit die Klasse der Kapitalisten) eine Diktatur über die Werktätigen ausübt, **dann ist aber doch die Frage: Womit** schafft es diese Minderheit, die Mehrheit zu unterdrücken?

Das entscheidende Instrument dazu ist der kapitalistische Staat, sind Justiz, Polizei, Bundeswehr, mit deren Hilfe die Kapitalistenklasse die revolutionären Kämpfe der Werktätigen gewaltsam unterdrückt. Es kommt für eine kommunistische Partei beim Kampf gegen die politische Unterdrückung gerade darauf an, die verschiedenen Erfahrungen der Werktätigen zusammenzufassen, ihnen zu erklären, daß es sich nicht um „Einzelfälle" handelt, sondern daß es der Hauptzweck des kapitalistischen Staates ist, die Herrschaft der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen aufrechtzuerhalten. Über diese hauptsächliche Funktion des kapitalistischen Staates aber verliert Mies in seinem Bericht an den Parteitag kein Wort. Im Gegenteil, für ihn ist der Staat lediglich ein Instrument, „zur Verschleierung des unversöhnlichen Gegensatzes zwischen Arbeit und Kapital". Wer aber von der Minderheit der Kapitalisten spricht und der großen Mehrheit der Werktätigen, ohne gleichzeitig zu sagen, daß diese Minderheit die Machtmittel hat um ihre Herrschaft über die Mehrheit aufrechtzuerhalten, der schafft unter den Werktätigen die gefährliche Illusion, daß sich das Problem der Entmachtung der Kapitalistenklasse auf eine reine Frage der Quantität reduziert. Daß also die Werktätigen durch die Erringung einer parlamentarischen Mehrheit den Kapitalismus abschaffen könnte. Und tatsächlich preist Mies in seinem Bericht das Kreuzchen, das die Werktätigen alle vier Jahre auf einen Wahlzettel machen dürfen, auch als Mittel der „realen Einflußnahme" auf politische Entscheidungen. Wer eine solche Politik betreibt, die Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus auf das Bonner Parlament orientiert, der entwaffnet sie in Wirklichkeit, sabotiert den einzig realen Weg zum Sozialismus, den Weg der proletarischen Revolution. Der stellt sich in Wirklichkeit nicht an die Spitze der Kämpfe gegen den Abbau demokratischer Rechte um die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, sondern die des Kapitalismus. Und das erklärt auch, weshalb die D„K"P-Revisionisten die wütendsten Feinde der wahren Marxisten-Leninisten sind.

Mies selbst entlarvt unfreiwillig diesen **abgrundtiefen Verrat der D„K"P** am Kommunismus, wenn er sagt: „In der Geburtsstunde unserer Bewegung, im Manifest der Kommunistischen Partei, vermerkten Marx und Engels, daß es die Kommunisten verschmähen, ihre Absichten und Ziele zu verbergen. Wir haben keine Geheimnisse **und bekennen ganz offen: Jawohl, wir** wollen eine grundlegende Änderung der bestehenden Macht- und Besitzverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und aller vom Großkapital Ausgebeuteten und Unterdrückten." Tatsächlich hat Mies hier den Grundgedanken von Marx und Engels total verfälscht, ihn aus einer Waffe gegen die Bourgeoisie zu einem für die Bourgeoisie annehmbaren und sogar nützlichen Gedanken verwandelt. Hier zeigt sich aber gleichzeitig sehr deutlich, daß die rote Fahne, mit der die modernen Revisionisten wedeln, um sich in der Arbeiterklasse Vertrauen zu **erschleichen, ihnen eines Tages zum** Verhängnis werden wird. Denn was Marx und Engels tatsächlich sagten, ist nicht nur eine scharfe Waffe gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen die revisionistische Theorie der modernen Revisionisten von einem an**geblich friedlichen Weg** zum Sozialismus:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

Ein Genosse berichtet

Warum ich aus der D'K'P ausgetreten bin

Nicht nur die politische Linie der D,K'P, sondern auch der Aufbau dieser Partei sind absolut bürgerlich. Das fängt an bei der Aufnahmepolitik, zeigt sich bei der bürokratischen Unterdrückung der Meinung und der Kritik einfacher Mitglieder usw. usf. Wir drucken im folgenden den Bericht eines Genossen ab, der am eigenen Leib erfahren hat, daß man als Revolutionär weder in der D,K'P arbeiten noch mit ihr sympathisieren kann, sondern sie entschieden bekämpfen muß, weil sie eben eine vollständig bürgerliche Partei ist, die im Auftrag der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse arbeitet.

„Eingetreten in die D,K'P bin ich im Juni '70, und das ging so vor sich: Ich war unbeteiligter Zuschauer auf der Grünen Woche 1969 in Westberlin und wurde damals während einer Demonstration gegen den Griechenlandstand festgenommen. Mir wurde dann gesagt, die D,K'P habe für solche Fälle einen Rechtshilfefond. Ich wandte mich also an die D,K'P. Vom Marxismus-Leninismus hatte ich zu der Zeit noch überhaupt keine Ahnung. Da ich zu dieser Zeit in der Landwirtschaft tätig war, wurde mir von der D,K'P sofort gesagt, ich könne mit der ersten Bauerndelegation in die DDR fahren, ob ich daran nicht Interesse habe, es sei auch alles umsonst. Wer sagt da nicht ‚ja'.

Einen Tag vor der Abreise kam ein höherer Bonze und fragte, ob ich denn Mitglied sei, denn nur Mitglieder könnten reisen. Also bin ich für einen Monatsbeitrag von 2 DM eingetreten.

In der DDR besuchten wir die Agra in Leipzig. In der Delegation war unter anderem Richard Scheringer aus Bayern. Die Delegation wurde von Gerhard Grüneberg (Mitglied des Politbüros) und dem damaligen Landwirtschaftsminister Ewald (vor einigen Jahren verunglückt) betreut. Wir waren im Interhotel untergebracht, bekamen ein großartiges Tagesgeld und keine Gelegenheit, es auszugeben, denn es war für uns alles umsonst. Über 400 Mark Ost hatte ich zum Schluß nach 7 Tagen.

Die D,K'Pler dachten im wesentlichen an Saufen und Fressen, das Politische interessierte nur am Rande. Bei einem Festessen trank ich mit dem Ewald Brüderschaft und wurde danach mit der Ministerlimousine besoffen ins Interhotel gebracht. Mich ekelte dies eigentlich schon gefühlsmäßig an und ich äußerte diesen Unmut auch, allerdings noch in einer antiautoritären Form. Als Antwort warnten mich meine Betreuer, ich würde eine Linie vertreten wie die KPD/ML. Das war das erste Mal, daß ich von der Partei hörte.

Zu Hause angekommen, wurde ich bei der nächsten öffentlichen Mitgliederversammlung in den 5köpfigen Kreisvorstand gewählt — ohne daß mir bis dahin auch nur das Geringste vom Marxismus-Leninismus erklärt worden wäre.

Zu diesem Zeitpunkt bekam ich Kontakt mit der Roten Garde Kiel-ML, einem revolutionären Zirkel, der sich später der Partei unterordnete. Ein Verwandter schickte mir die Polemik über die Generallinie und ‚Staat und Revolution' von Lenin. Diese Schriften habe ich dann stokkend gelesen und meine Erkenntnisse innerhalb der D,K'P in die Diskussion geworfen. Meine Kritiken bezogen sich vor allem auf die Frage der gewaltsamen Revolution. Ja, wurde mir entgegnet, wir wissen auch, das geht nicht anders, doch das dürfen wir heute noch nicht sagen, sonst werden wir wieder verboten. So wurden damals Kritiken abgeblockt, eine Diskussion um die politische Linie unterdrückt.

Dann wollte ich auch etwas tun und schlug die Herausgabe einer Bauernzeitung vor. Ich schrieb den Inhalt, der sich im wesentlichen auf D,K'P-Texte stützte, von mir aber einen kleinen revolutionären Hauch bekam. Die anderen im Kreisvorstand fanden dies gut und ab ging es zum Druck nach Bremen. Nachdem die Zeitung fertig wiederkam, waren alle eindeutigen Sätze gestrichen worden. Ich beschloß mit mir alleine, diese Zeitung nicht zu verteilen und habe alle 2000 Exemplare verbrannt. Ein guter Schritt, möchte ich heute sagen.

Je mehr ich ‚Staat und Revolution' las, je mehr ich Diskussionen mit meinem Verwandten führte, um so klarer wurden meine Kritiken an der D,K'P. Ich bin dann Anfang '71 nicht mehr zu den Sitzungen gegangen, hatte aber immer noch nicht die volle Klarheit, wollte immer noch die Einheit, die Versöhnung des Revisionismus mit dem Marxismus-Leninismus. Aber gerade mein Verwandter zeigte mir immer wieder den klaren Trennungsstrich auf. Wenn ich heute den KBW sehe, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß ich unter seinem Einfluß den endgültigen Trennungsstrich mit dem modernen Revisionismus gezogen hätte.

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML Sektion DDR auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML Stadtsparkasse Dortmund Kto.: 321004 — 547 Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Die Unversöhnlichkeit des modernen Revisionismus mit dem Marxismus-Leninismus erfuhr ich dann auch selber in der Praxis. Ich wurde Sympathisant der Roten Garde Kiel-ML, besuchte aber noch Versammlungen der D,K'P. Dort vertrat ich, so gut ich konnte, die marxistisch-leninistische Linie und hätte beinahe Prügel bezogen. Da zog ich mein Mitgliedsbuch und mit einem Schlag waren alle freundlich zu mir. Man habe mich sicherlich nur falsch verstanden usw. Ich sagte ihnen, daß ich dafür sehr gut verstanden hätte und brach endgültig mit der D,K'P.

Wenn ich heute so zurückblicke, dann wird mir sehr klar, mit dem modernen Revisionismus ist keine Aktionseinheit möglich. Man muß ihn im schonungslosen Kampf besiegen. Auch ich bin nur gewonnen worden, weil die D,K'P unversöhnlich als reaktionäre Kraft entlarvt wurde. Die Polemik über die Generallinie und ‚Staat und Revolution' von Lenin waren bei mir die theoretische Grundlage, die mir eine Unterscheidung zwischen modernem Revisionismus und Marxismus-Leninismus ermöglichte. Wir konnten übrigens in Nordenham in der Folgezeit dann noch einige Mitglieder der D,K'P als Genossen für die Partei gewinnen."

KPD/ML in der DDR gegründet

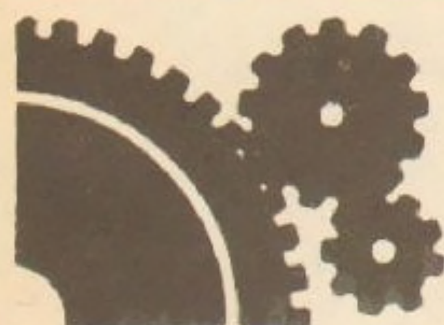


Gründungserklärung der Sektion DDR der KPD/ML

VERLAG ROTER MORGEN

73 Seiten, Preis 2 DM. Zu bestellen bei: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus** 2 Hamburg 11, Postfach 11 1649.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Und das soll ‚gewerkschaftliche Demokratie' sein?

Wir hatten im ‚Roten Handhaken' darüber berichtet: Auf dem Bukai war der Kollege Wolfgang mit seinem ‚Revolutionären Programm zu den Vertrauensleutewahlen' zum stellvertretenden Vertrauensmann gewählt worden. Im Januar tritt der Fall ein, daß der Vertrauensmann Herbert einen ganzen Monat krank ist. Wolfgang schreibt uns was nun passiert:

„Die Kollegen kommen jetzt zu mir mit ihren Problemen, da ich der von ihnen gewählte stellvertretende Vertrauensmann bin. Gemeinsam versuchen wir unsere Forderungen durchzusetzen, genauso wie ich das im September in meinem Programm geschrieben hatte. Einige Dutzend Kollegen verlangen, daß sie für die Flutschäden, die ihnen an der Privatkleidung am 3. 1. entstanden sind, von der HHLA (Hamburger Hafen- und Lagerhaus Gesellschaft AG) entschädigt werden. Zusammen setzen wir Schadensmeldungen auf und legen sie der Firma vor. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich noch kein Betriebsrat darum gekümmert, ganz im Gegensatz zu den Märchen, die der BR-Vorsitzende auf der Betriebsversammlung vom 22. Februar zum besten gab. Erst jetzt schaltete sich der Betriebsrat ein. Warum? Weil es ihm nicht paßte, daß sich hier Kollegen um eine bestimmte Forderung zusammengeschlossen hatten und daß sich darüber hinaus ein Kommunist — nämlich ich — daran beteiligte. Eine regelrechte Kampagne wird nun gestartet:

— **Gerd Österreich ruft beim Hallenleiter** an und beschwert sich, was ich wohl während der Arbeitszeit beim Betriebsrat zu suchen hätte (ich hatte die Flutschäden angemeldet!)

— Wenig später bringt BR Moeske von Halle 7 einen Zettel am Schwarzen Brett an, daß ich ‚**kein stellv. Vertrauensmann** sei, da ich kein gewerkschaftliches Mandat habe'. (Die Kollegen hat das natürlich wenig gekümmert, denn für sie kommt es nicht auf einen gewerkschaftlichen Titel an, sondern darauf, daß sich jemand für sie einsetzt!)

— Anfang Februar kommt das dickste Ding: Ich erhalte einen Brief von Erich Rumpel, Bezirksvorsitzender der ÖTV Hafen, in dem es heißt: „Nach den Leitsätzen für die Vertrauensleute der Gewerkschaft ÖTV und den Durchführungsrichtlinien für die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute in der HHLA werden nur Vertrauensleute gewählt. Stellvertreter gibt es nicht. Deshalb ist es auch nicht möglich, daß Du die Funktion eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes wahrnimmst, wenn der gewählte Vertrauensmann abwesend ist." (Wo denn natürlich nicht dabei steht, was die Kollegen nach Ansicht dieses ÖTV-Führers wohl dann machen sollen.)

Zur Sache muß man sagen, daß es bei der HHLA immer stellvertretende Vertrauensleute gegeben hat, was auch nur logisch ist. Wenn das jetzt nicht mehr der Fall sein sollte, so sind entweder die Statuten geändert oder neu ausgelegt worden. Mit gutem Grund, versteht sich."

Genossen aus Hamburg

Schmidt macht in Wolfsburg die Klappe auf — es kam nur Blech!

Schmidt sprach auf der Betriebsversammlung vor 20000 Kollegen und versprach „mehr Straßen für mehr Autos". Diese Demagogie versuchte er noch damit zu untermauern, indem er sagte, daß sich wohl jeder ein Auto leisten könne. Ähnlich sprach Hitler schon beim Bau des Volkswagenwerkes. Er ließ Autobahnen bauen, doch die Autobahnen waren für die Panzer da.

Was Schmidt wohlweislich ‚vergessen' hatte, waren die 5000 Arbeitslosen in Wolfsburg und die neuen Sonderschichten im März. Dafür hatte sein Kumpan, Betriebsratsvorsitzender Ehlers, gleich ein Patentrezept ‚Kombination von Mehrarbeit und Neueinstellungen', nennt er es. Das heißt nichts anderes als Erhaltung der Arbeitslosenreservearmee um jeden Preis.

Damit nicht einer auf den Gedanken kommen sollte, seinen Haß auf dieses Ausbeuterpack zu richten, wartete Schmidt gleich mit Straßenbau auf. Jedem das Seine! Mehrarbeit für die Kollegen im Werk, Hoffnungen und Vertröstungen für die Arbeitslosen in Wolfsburg. Das nennt man Stimmenfang. Wie wahr das ist, enthüllte ein Kollege, der nachwies, daß Schmidt vor einem Jahr, als Massenentlassungen auf der Tagesordnung standen, sich in Wolfsburg nicht blicken ließ, ja sogar noch die Frechheit besessen hatte, zu sagen, das VW-Werk muß selber sehen, wie es aus der Misere herauskommt. Der Kollege fragte: „Hat Macher Schmidt gekniffen?" Klar hat Schmidt nicht gekniffen, er weiß ganz genau was los ist, davon zeugen die vielen ‚Herren' mit der rechten Hand in der Manteltasche um ihn herum in Wolfsburg.



Schmidt beim Öffnen der Klappe im Volkswagenwerk Wolfsburg.

Genossen aus Wolfsburg

Was für Leute sitzen in der großen Tarifkommission der ÖTV?

Nehmen wir nur ein Beispiel für alle, dann können wir uns ausrechnen, was dort auf den Sitzungen und Verhandlungen gespielt wird: Der einzige, der dort aus dem Sektor ‚Gesundheitswesen' kommt, ist ein Herr Kolditz. Dieser Mann war früher einmal Oberpfleger auf der Urologischen Abteilung im Krankenhaus Neukölln/Westberlin. Dort hat er auch immer noch eine Planstelle, über die er bezahlt wird, obwohl er seit Jahren dort nicht mehr arbeitet, er ist selbstverständlich längst freigestellt, Mitglied des Gesamtbetriebsrates und — wie gesagt — der großen Tarifkommission.

Das letzte Mal, daß er das Krankenhaus betreten hat, war vor einiger Zeit, als sein Sohn am Blinddarm operiert wurde. Im Gespräch mit dem zuständigen Oberpfleger offenbarte er völlige Ahnungslosigkeit über die pflegerischen Probleme, die nach einer solchen relativ leichten Operation auftreten. Auf seiner ursprünglichen Station darf er sich inzwischen gar nicht mehr sehen lassen, ein deutlicher Beweis für seine ‚Verankerung' am Krankenhaus liegt darin, daß er sich nicht wagt, zu den gegenwärtigen Personalratswahlen in Neukölln zu kandidieren, aber das braucht er auch gar nicht, er bleibt sowieso im Gesamtpersonalrat und freigestellter ÖTV-Funktionär.

Der Trick dazu ist folgender: Wahlberechtigt und funktionsberechtigt sind nach den neuen Vertrauensleuterichtlinien nur noch die Vertrauensleute. Und Kolditz ist natürlich V-Mann. Nicht etwa in Neukölln — das hätte er nicht mehr geschafft — sondern in einem ganz kleinen Krankenhaus irgendwo am Stadtrand, wo überhaupt keine Wahl stattfand, weil es kaum ÖTV-Mitglieder gibt, dort wurde er als Vertrauensmann eingesetzt. Eine solide Basis für die weitere Karriere.

Genossen aus Westberlin

IGM-Betriebsräte

Retter der kapitalistischen Krisen-und Kriegswirtschaft?

16 Betriebsratsvorsitzende und Stellvertreter von neun großen Rüstungsbetrieben, darunter von Blohm & Voss, von der Rheinstahl AG, der MaK, von Kraus Maffei, haben ein Schreiben an Bundeskanzler Schmidt geschickt, in dem sie Erleichterungen für den Rüstungsexport der Konzerne fordern, um angeblich Arbeitsplätze zu erhalten.

Darin heißt es: „Wenn der Bund vorübergehend die Kapazitäten nicht voll auslasten kann, sollte der Bund aus seiner Fürsorgepflicht heraus die Hereinnahme von Füllaufträgen aus ‚Nichtspannungsgebieten' zulassen, wobei der Begriff ‚Nichtspannungsgebiete' nicht mehr so eng ausgelegt werden dürfe wie in der Vergangenheit." Die Arbeiter und Angestellten der Rüstungsindustrie hätten „genau wie Soldaten" ein Anrecht auf gesicherte Arbeitsplätze.

Wessen Interessen vertreten die IGM-Betriebsräte mit dieser Forderung? Es ist heute ein offenes Geheimnis, daß die westdeutschen Imperialisten wieder voll im Rüstungsgeschäft mitwirken. Waffen der westdeutschen Imperialisten werden an die reaktionären Regime in Südafrika, Indien, Israel, des Irans und Südamerikas geliefert sowie an verschiedene westeuropäische Länder. Westdeutschland ist nicht nur die drittstärkste Militärmacht unter den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, sondern hat auch bereits den 6. Platz im Kampf um die Rüstungsgeschäfte erreicht, wie offiziell angegeben wird, und steigert seinen Waffenexport noch beträchtlich. Die westdeutschen Imperialisten versuchen, im Waffengeschäft den größten Kriegstreibern, den USA-Imperialisten und den russischen Sozialimperialisten einen Teil der enormen Profite abzujagen und wollen damit weiteren Einfluß auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet, besonders in den „Spannungsgebieten", d. h. in den Ländern der 3. Welt, erlangen.



Leber ist bereits der 2. Gewerkschaftsbonze als Verteidigungsminister. Die Bourgeoisie weiß, was sie an ihren Arbeiterverrätern hat.

Wenn die IGM-Betriebsräte nun sagen, der Waffenexport erhält Arbeitsplätze, wollen sie die Kollegen mit einigen Brosamen täuschen. Geht es denn den IGM-Betriebsräten um die Erhaltung der Arbeitsplätze? Nein, es geht ihnen um die Interessen der Kapitalistenklasse. Die Arbeiter sollen für die beschriebene Politik der westdeutschen Imperialisten gewonnen werden und sie unterstützen, den Rüstungskonzernen zu noch größeren Profiten zu verhelfen.

Es ist reinster Chauvinismus, den die Betriebsräte in die Reihen der Arbeiter tragen wollen. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse durch Waffenschiebereien, verstärkte Unterdrückung und Ausplünderung der Länder der 3. Welt, bestimmte Arbeitsplätze zu „erhalten", die Kollegen zu spalten und schon gar nicht im Interesse der Völker der Welt.

Letzten Endes werden die Arbeitsplätze auch gar nicht gesichert, sondern ganz im Gegenteil die Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft wird noch stärker werden, die Rationalisierung, die Unterdrückung und Arbeitslosigkeit wird noch größere Ausmaße annehmen. Sehen wir uns die zerrüttete Wirtschaft der US-Imperialisten an, über 8 Millionen Arbeitslose. Und wie lebt die Bevölkerung in der Sowjetunion? Die Wirtschaft der russischen Sozialimperialisten ist voll auf Rüstungsproduktion ausgerichtet. Für das Volk herrscht Brotknappheit und zunehmende Verelendung. Auch Hitler hat vorübergehend die Arbeitslosen von der Straße geholt, als er die Rüstungsproduktion auf Touren brachte und wohin hat das geführt? Es wird offensichtlich, in wessen Interesse die Forderungen der 16 Betriebsräte liegen.

„Stabilitätsgerechte" Abschlüsse nützen nur den Kapitalisten!

Fortsetzung von Seite 1

doch nur ein Vorwand, um davon abzulenken, daß die Kapitalisten immer versuchen so viel aus den Arbeitern herauszupressen wie es nur geht. Wenn die „Bosse nicht mehr zahlen können", was dann? Die Ausbeutung hört ja nicht auf, aber die modernen Revisionisten werden dann wahrscheinlich, wie jetzt schon ihre Kumpane in Italien, ganz offen dazu aufrufen, den Kampf einzustellen, um die „Wirtschaft nicht noch mehr zu ruinieren."

Die Propaganda des DGB-Apparates und der modernen Revisionisten der D„K"P läuft auf eines hinaus: die Arbeiterklasse zu lähmen und die kapitalistische Ausbeuterordnung zu schützen. Gerade jetzt, wo sich infolge der Krise die Widersprüche zuspitzen und sich der Klassenkampf verschärft, wo die kapitalistische Wirklichkeit immer klarer zeigt, daß es zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse keinerlei gemeinsames Interesse gibt, weil die ganze kapitalistische Ordnung auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch eine Handvoll von Kapitalisten beruht, die immer reicher werden, während sie die Werktätigen ins Elend stürzen, ist es für die Kapitalistenklasse um so wichtiger mit allen Mitteln zu versuchen, die Illusionen aufrechtzuerhalten. Es ist deshalb auch kein Zufall, daß gerade jetzt alle bürgerlichen Parteien im Bundestag das neue Mitbestimmungsgesetz verabschiedet haben, das die „partnerschaftliche Zusammenarbeit" zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse zum obersten Prinzip erklärt. Nicht umsonst nannte Minister Arendt deshalb auch den ganzen Tag seiner Verabschiedung ein „historisches Datum, weil wir mit diesem Gesetz einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Stabilisierung unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung erbringen."

Der Mitbestimmungsbetrug soll der Arbeiterklasse vortäuschen, sie könnte auf diese Weise ihre Interessen durchsetzen. Und die modernen Revisionisten behaupten sogar, man könnte so zum Sozialismus gelangen.

Die gewaltsame Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch den Staat soll so verschleiert werden. Wenn nämlich die Arbeiter ihre Interessen tatsächlich durchsetzen wollen, werden sie von den Staatsorganen gewaltsam daran gehindert, wie z. B. bei der Niederknüppelung des Fordstreiks durch die Polizei geschehen. Wenn sie mit dem Pfennig Lohnerhöhung nicht mehr zufrieden sind und die ganze Mark, den Sozialismus, auf ihre Fahnen geschrieben haben, dann wendet die Kapitalistenklasse ihr ganzes Arsenal von staatlichen Unterdrückungsinstrumenten an, von der Justiz bis zur Armee, um ihre Herrschaft zu retten. An diesen Staat der Kapitalistenklasse wollen DGB-Apparat und D„K"P-Führer die Arbeiterklasse mit ihrer Klassenversöhnungs- und Mitbestimmungsideologie ketten.

Ohne sich von dem Einfluß des DGB-Apparates und der modernen Revisionisten zu befreien, ohne sich vom Geist der Klassenversöhnung freizumachen, wird die Arbeiterklasse den Angriffen der Kapitalisten entwaffnet gegenüberstehen, denn Klassenversöhnung bedeutet die Anerkennung des „Rechts" der Kapitalisten auf die Ausbeutung der Arbeiter. Um die Angriffe der Kapitalisten abzuwehren, gibt es nur den Weg des unversöhnlichen Klassenkampfes, in dem sich die Arbeiterklasse stärkt und schult, um in der gewaltsamen sozialistischen Revolution die kapitalistische Ausbeuterordnung zu stürzen und die Herrschaft der Arbeiterklasse zu errichten und den Sozialismus aufzubauen. Das ist es gerade, was der DGB-Apparat als Agentur der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung vor allem verhindern helfen soll.

Der DGB-Apparat steht vollständig im Dienst des Monopolkapitals, dient der Erhaltung seiner Herrschaft, der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Als Freund getarnt, ist er in Wirklichkeit ein Feind in den eigenen Reihen, gegen den die Arbeiterklasse genauso kämpfen muß wie gegen die Kapitalistenklasse.

Interview mit Rotem V-Mann von H&H:

Kampf gegen Betriebsschliessung

Das Werk Heidenreich & Harbeck (H & H) in Hamburg soll geschlossen werden. Ca. 1000 Arbeiter der ungefähr 1100 Mann starken Belegschaft sollen bis Ende 1977 ihre Arbeitsplätze verlieren. Dagegen haben die Kollegen den Kampf aufgenommen. In der letzten Woche fanden zwei Demonstrationen gegen die geplanten Entlassungen statt.

RM: Kannst Du uns kurz etwas über den Betrieb berichten, damit sich jeder davon ein Bild machen kann?

Roter V-Mann: H & H ist eine Werkzeugmaschinenfabrik und stellt vor allem Drehbänke her. 1972 ist das Werk vom Gildemeisterkonzern, der verschiedene Werkzeugmaschinen herstellt, geschluckt worden. Insgesamt hat der Gildemeisterkonzern von 41 aufgekauften Betrieben bereits 26 stillgelegt. Und während jetzt H & H dichtgemacht werden soll, wird in Bielefeld/Sennestadt das Werk erweitert und Produktionszweige dorthin verlagert. Der Gildemeisterkonzern erhält nicht nur die üblichen Investitionszulagen aus unseren Steuergeldern vom Staat, sondern aus dem Bundesetat für Forschung hat der Konzern sogar ein Drittel erhalten. Der Grund ist wahrscheinlich der, daß der Gildemeisterkonzern Präzisionsmaschinen entwickelt, die für die Herstellung von Rüstungsgütern gebraucht werden, wie z.B. für Flugzeugtriebwerke, für Teile des Leopardpanzers, für Munitionsherstellung usw.

RM: Wie ist es zum Kampf der Kollegen gekommen?

Roter V-Mann: Bereits im Januar wurde angedroht, 250 Arbeiter zu entlassen. Begründung: Der Betrieb müsse sich gesundschrumpfen. Danach ist die Ausbeutung der Kollegen enorm verschärft worden. In der Gießerei in Mölln z.B. sind alle Akkordzeiten um 20% herabgesetzt worden, auch in Hamburg sind die Akkorde verschärft worden, die Lohngruppeneinteilung wurde geändert, die Geschäftsleitung kündigte an, daß von der zu erwartenden tariflichen „Lohnerhöhung" 50% auf „übertarifliche Leistungen" angerechnet werden. Also von den 5,4% hätten wir dann nur noch 2,7%. Das hat unsere Empörung und die Kampfbereitschaft natürlich erhöht. Dazu kamen noch die Gerüchte, daß das Werk ganz geschlossen werden soll.

Die Empörung der Kollegen erreichte ihren ersten Höhepunkt auf der außerordentlichen Belegschaftsversammlung am 15. 3., denn hier sollte uns mitgeteilt werden, daß das Werk stillgelegt wird. Als die Gildemeister-Bosse den Saal betraten, brach ein Proteststurm los, so etwas hatte es noch nie bei H & H gegeben. Der Vorstandsvorsitzende vom Aufsichtsrat, Bartelmeh, wurde laufend durch Protestrufe in seiner Rede unterbrochen, besonders als er sagte: Vor 10 Tagen sei ihm über Nacht die Lösung gekommen, und die Entlassungen würden die Arbeitsplätze in den anderen Betrieben des Konzerns sichern.

Die IGM-Betriebsräte taten schockiert, als hätten sie nichts gewußt und Wirtschaftssenator Kern, der auch auf der Versammlung sprach, tat auch so als wüßte er nichts. „Erst heute Vormittag um neun Uhr wurde ich in einem kurzem Telefongespräch informiert."

Das sind aber nichts als Lügen, denn vor der außerordentlichen Belegschaftsversammlung fand eine Sitzung des Aufsichtsrates statt, und da sitzen 2 Betriebsräte drin. Mit dem Hauptvorstand der IGM in Frankfurt haben Bartelmeh und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende konferiert, um die Entlassungen „rechtlich" genau vorzubereiten, wie Bartelmeh später selbst zugegeben hat. Eine Woche vor der Versammlung trafen sich der Ortsvorstand der IGM und der Betriebsrat von H & H, und bereiteten einen Plan vor, wie sie die Empörung und Kampfbereitschaft der Kollegen auffangen und unter ihre Kontrolle bringen könnten.

RM: Wie sah denn dieser Plan aus?

Roter V-Mann: Kurz gesagt, sich an die Spitze des Kampfes der Kollegen stellen und eine falsche Politik hineintragen. Praktisch sah das so aus: Als auf der außerordentlichen Betriebsversammlung die Empörung am größten war, sprangen Vertrauensleute der IGM, wie abgesprochen auf und riefen: „Jetzt gehen wir auf die Straße!" Wir strömten aus dem Saal auf die Straße. Unten stand ein Lieferwagen von der IGM bereit mit vorbereiteten Transparenten. Während wir uns darüber freuten, daß es zum Kampf gekommen war, denn das war der erste Streik und jeder spürte und fühlte, daß die Arbeiter stark sind, wenn sie sich einig sind, versuchte der IGM-Apparat uns weiszumachen, nicht unser Kampf könnte eine Stillegung verhindern, sondern die Politiker, die wir aufrütteln müßten. Diese Aktion solle die Politiker aufrütteln, das seien die einzigen die uns helfen können, schrieen IGM-Funktionäre herum. Und Senator Kern spielte dann auch gleich diesen Politiker, indem er zur Schau in der ersten Reihe demonstrierte.

Im Betrieb gaben sich übrigens die Politiker aller bürgerlichen Parteien die Klinke des Betriebsratsbüros in die Hand. Selbst der stellvertretende Bürgermeister erschien und der Bundeskanzler Brandt wurde angeschrieben. Alle behaupteten, sie würden sich für uns einsetzen. Einige Kollegen entlarvten das treffend. Sie sagten, die Parteien und Politiker wollen die Entlassungen und Stillegungen nur für ihren Wahlrummel und Stimmenfang ausnutzen.

RM: Welche Ziele verfolgte der Gewerkschaftsapparat mit dieser Politik?

Roter V-Mann: Das Ziel des Gewerkschaftsapparates war es zu verhindern, daß wir entschlossen und ohne uns auf Schachereien mit den Kapitalisten und dem Senat einzulassen gegen die Stillegung zur Wehr setzen. Der Gewerkschaftsapparat wollte unseren Kampfgeist brechen.

Streik bei Heidenreich & Harbeck. Bild: Ein von Kollegen und Genossen gemeinsam angefertigtes Transparent.

Während der Gewerkschaftsapparat Transparente ausgab, auf denen Parolen gegen die Entlassungen standen, hat der IGM-Betriebsrat bereits die Verhandlungen um einen Sozialplan aufgenommen, d.h. die Entlassungen gebilligt. Nach der Demonstration schickte der IGM-Apparat die Kollegen nach Hause, obwohl sie im Betrieb weitergekämpft hätten und riefen zur Demonstration am Donnerstag auf. Und der Aufruf zeigte das auch deutlich. Dort wird als Ziel angegeben: Abschluß eines besonders guten Sozialplans. Massive Einwirkung auf Politiker, um möglicherweise den Betrieb in andere Hände zu geben.

Daß der Gewerkschaftsapparat den Kampf unterdrücken will, zeigte auch folgende Begebenheit auf der Vertrauensleutesitzung am Dienstag. Ein V-Mann schlug vor, nach der Demonstration am Donnerstag weiterzukämpfen, eine Versammlung einzuberufen und Kampfmaßnahmen zu besprechen. Der Vorschlag wurde von der Ortsverwaltung niedergeschmettert. „Streik schadet uns nur, das sei das Gerede von Verantwortungslosen" usw. Übrigens hatte an diesem Tag die Betriebszelle der KPD/ML in einem ihrer Flugblätter zum Streik aufgerufen.

RM: Wie sah denn die Politik der Betriebszelle aus? Es erschienen ja mehrere Extrablätter von „Setz An", der Betriebszeitung der Partei und der Roten Garde, in denen unter anderem auch die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) propagiert wurde.

Roter V-Mann: In ihren Flugblättern hat die KPD/ML uns vor dieser Politik des Gewerkschaftsapparates und vor der D„K"P gewarnt und sich mit uns solidarisiert. Als einzige Organisation hat die Betriebszelle klar zum Streik aufgerufen, und die Notwendigkeit der Bildung einer Streikleitung aus unseren Reihen erklärt.

Praktisch hat die KPD/ML die Versammlung von Kollegen in der Kantine unterstützt, auf der die Bildung einer Streikleitung in Angriff genommen werden sollte. Es sind aber nur 20 Kollegen gekommen, denn die Meister versuchten die Kollegen davon abzuhalten und manche Kollegen waren auch noch nicht bereit diesen Schritt zu tun.

Mit den 20 Kollegen sind die Genossen aber dann gemeinsam zum Betriebsrat gegangen und haben eine außerordentliche Betriebsversammlung gefordert, um mit den Kollegen zu beraten, wie weiter vorzugehen sei. Kommentar des Betriebsrats: „Was soll das? Wir verhandeln doch!"

Mit den Lehrlingen zusammen haben Genossen der Partei und der Roten Garde ein Transparent für die Demonstration vorbereitet, um die Kollegen gegen die Politik des Gewerkschaftsapparates auf der Demonstration zusammenzuschließen.

Weil ich diese Politik unterstützte, wurde vom Betriebsrat gegen mich ein Amtsenthebungsverfahren und ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gefordert. Als meine Kollegen das hörten, erklärten sich spontan 6 Kollegen bereit mit mir zum Betriebsrat zu gehen und dagegen zu protestieren. Es gab eine breite Empörung gegen dieses Vorgehen des Gewerkschaftsapparates.

RM: Gemeinsam haben die Stadtteilzelle Rotes Barmbeck und die Betriebszelle bei H & H noch eine Veranstaltung durchgeführt und in den Haushalten in Barmbeck Flugblätter gesteckt um die Bevölkerung zur Solidarität mit den Arbeitern aufzurufen. Kannst Du uns berichten, wie sich die D„K"P verhalten hat?

Roter V-Mann: Die D„K"P hat die Politik des Gewerkschaftsapparates unterstützt. Ein D„K"P-Mitglied ist auch im Betriebsrat, er hat die ganzen Vorbereitungen der Stillegung sowie das Vorhaben des Gewerkschaftsapparates für Sozialpläne zu verhandeln usw., mitbekommen und unterstützt. In ihren Flugblättern stellt die D„K"P das Verhalten der Gildemeister-Kapitalisten als außergewöhnlich hin und spricht von „Unternehmerwillkür", sie fordert Mitbestimmung und ruft uns auf, die Produktion, das Werk alleine weiterzuführen. Die Presse hat das natürlich gleich ausgeschlachtet und sinngemäß geschrieben: „Arbeiter wollen ihre Fabrik kaufen." Wir sollen wohl auch noch zahlen, wenn wir arbeiten wollen.

RM: Kannst Du uns jetzt von der Demonstration am Donnerstag berichten?

Roter V-Mann: Ca. 3000 Kollegen haben teilgenommen, auch aus anderen Betrieben. Um das Transparent, was von Lehrlingen zusammen mit der Partei und der Roten Garde angefertigt wurde, scharten sich ungefähr 50 Kollegen.

Der Gewerkschaftsapparat hatte wieder die gleichen Transparente und verfolgte die gleiche Politik wie bei der ersten Demonstration.

RM: Wie soll der Kampf jetzt weitergeführt werden?

Roter V-Mann: Während der Gewerkschaftsapparat den Kollegen weiszumachen versucht, es käme jetzt alles auf die Verhandlungen für einen Sozialplan an und die Kollegen damit vertrösten will, daß die Politiker eventuell noch etwas retten könnten, müssen wir unseren Kampf weiterführen. Nach der Demonstration haben eine Reihe Kollegen gesagt „so bringen die Demonstrationen nichts", das heißt, die Kollegen sind unzufrieden mit dem bisherigen Kampf und eine Reihe der Kollegen hat den Gewerkschaftsapparat, nicht zuletzt durch die Arbeit der Betriebszelle, klarer durchschaut. In den Abteilungen finden jetzt auch rege Diskussionen über die Ursache von Arbeitslosigkeit und Krise statt. Das sind Zeichen dafür, daß auch für die Kollegen der Kampf nicht vorbei ist. Wir werden alles tun, damit der Kampf weitergeführt wird und die Arbeiter gegen den Einfluß des Gewerkschaftsapparates und der D„K"P zusammengeschlossen werden.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Großauftrag im Großsenderbau für Südafrika!

DER ROTE SENDER

Kolleginnen und Kollegen!

In der letzten Zeit wurden im Großsenderbau große Umbauten vorgenommen. 300 UKW-Sender mit einer Leistung von 50 bzw. 300 Watt sollen in einem Jahr fertig werden.

Von diesen 300 UKW-Sendern gehen allein über 100 Sender nach Südafrika. Außerdem werden drei große 500 kW-Mittelwellensender für Südafrika gebaut. AEG hat in Südafrika, in Johannisburg, eine Tochtergesellschaft ebenso wie über 400 andere Firmen der BRD, Niederlassungen, Tochtergesellschaften oder Beteiligungen in Südafrika haben.

VW's, Audis, BMW's und Mercedes' beherrschen das Straßenbild. BASF, Bayer, Henkel und Hoechst sind die Großen in der chemischen Industrie. AEG-Telefunken, Siemens, Bosch, DEMAG und Mannesmann beherrschen den Maschinenbausektor. Warum ist es so interessant für die westdeutschen Kapitalisten, in Südafrika in solchem Umfang Gesellschaften aufzubauen? Hören wir hierzu Phatudi, Ministerpräsident von Lebowa, ein gekauftes Subjekt der südafrikanischen Regierung:

„Und da wir gerade bei dem Thema schwarze Arbeitskraft sind, möchten wir Ihnen diesbezüglich ein paar Einzelheiten erzählen. 1) Die Lebenshaltungskosten in Südafrika sind bei weitem niedriger als in Europa, so daß auch die Gehälter niedriger liegen. 2) Wir leiden nicht unter so aggressiven Gewerkschaften in Südafrika (!) Alles in allem kurz gesagt: Das schwarze Arbeitspotential in Südafrika steht willig zu ihrer Verfügung und ist imstande, ordentliche Arbeit für eine angemessene Vergütung zu verrichten!"

Was das heißt, wird deutlich, wenn man sich vergegenwärtigt, was in Südafrika los ist.

Apartheid-Regime: Faschistische Rassendiskriminierung!

86% des Bodens, die gesamte Industrie und der größte Teil des Handels ist in Händen von 19% der Bevölkerung — der Weißen. Der übrige Teil der Bevölkerung, in der Mehrzahl Arfikaner, Mischlinge und Inder, werden mit faschistischem Terror unterdrückt. Die Afrikaner werden gezwungen, in Reservaten zu leben; aber sie können dort praktisch nicht überleben. Der Druck der Armut und der Mangel an Arbeit zwingt die Afrikaner, in den ‚weißen' Gebieten Arbeit zu suchen. Dort sind **sie gezwungen, jede Arbeit anzunehmen,** denn die Alternative dazu heißt: entweder ins Gefängnis oder zurück in die Reservate, wo sie vom Hungertod bedroht sind. Über 40% der erwerbstätigen Männer arbeiten außerhalb der Reservate. In diesen insgesamt 8 ‚Homelands' sterben fast 40% der Kinder unter 10 Jahren (Zahlen aus ‚The Star, Johannisburg).

Katastrophale Zustände der medizinischen Versorgung für die Afrikaner!

Ein Beispiel über die medizinische Ver**sorgung der Afrikaner macht deutlich, wie** sie in den ‚weißen Gebieten behandelt werden — wie Vieh! In Vereeniging (eine Industriestadt mit Zigtausenden Arbeitern, ca. 60 km südlich von Johannisburg) gibt es ein Hospital — schwarze Sektion, sowie ein Hospital — weiße Sektion. Das Hospital für die schwarze Sektion ist zuständig für 280-300 Betten, davon 90 Kinderbetten. Es liegen oft mehr Patienten unter und zwischen den Betten als drin.

Es gibt nur 10 Ärzte und 4 medizinische Assistenten. Gleich nebenan aber ein voll-eingerichtetes Krankenhaus — hier gibt es genügend Betten, ca. 20-40% stehen fast immer leer — dies ist die weiße Sektion.

Das zeigt die Unmenschlichkeit der weißen Herrschaft in Südafrika. Außerdem: Ein afrikanischer Arbeiter verdient **für die gleiche Arbeit drei bis sechs mal weniger** als ein weißer Arbeiter, es langt gerade aus, um sich und seine Familie in den Reservaten am Leben zu erhalten. Das also meint Ministerpräsident Phatudi, wenn er von geringen Lebenshaltungskosten spricht: Die Ausbeutung des schwarzen Mannes bis aufs Letzte.

Südafrika: Höchstprofite für deutsche Kapitalisten!

Jetzt wird deutlich, warum so viele ausländische Firmen, insbesondere auch die BRD (die schon seit längerer Zeit Südafrikas zweitwichtigster Handelspartner nach England ist), hier investieren. Die BRD stellt auch militärische Projekte für Südafrika her. Das wichtigste war hier das Projekt ‚Advokat'. Mit Unterstützung des BRD-Imperialismus wird dieses Projekt hauptsächlich von AEG und Siemens getragen. Es ist ein Nachrichten- und Informationssystem für die südafrikanische Marine. Möglicherweise gehören auch die jetzt bei uns hergesellten Sender dazu. Auch über den Bau von Atomkraftwerken wird mit der südafrikanischen Regierung verhandelt.

Aufgrund der unmenschlichen Ausbeutung der Afrikaner ist den Kapitalisten in Südafrika gegenwärtig eine doppelt so hohe Profitrate garantiert wie in den meisten Ländern der Erde. Die Kapitalisten und ihre Regierungen stellen die Sache gerne so hin, als hätten sie mit den ‚inneren Verhältnissen' in Südafrika und Rhodesien nichts zu tun und lehnen dieses scheinheilig ab. In Wirklichkeit sind es aber die Imperialisten, allen voran die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die für Elend und Armut, für grausame Unterdrückung großer Teile der afrikanischen Bevölkerung verantwortlich sind. Sie wollen mit aller Macht verhindern, daß die Länder Afrikas und der gesamten Dritten Welt den Weg zu Selbständigkeit und Unabhängigkeit gehen, eine eigene nationale Wirtschaft aufbauen, Schluß machen mit der Ausplünderung ihrer Rohstoffe und mit ungleichen Handelsbedingungen. Deswegen haben insbesondere die westlichen Imperialisten mit den weißen Minderheitsregierungen in Südafrika und Rhodesien ein reaktionäres Bollwerk geschaffen, das sie wirtschaftlich politisch und militärisch unterstützen, ein Bollwerk gegen die erstarkenden Befreiungsbewegungen, die in Nachbarländern wie in Mozambique bereits den Sieg davongetragen haben. Deswegen versuchen die Imperialisten auch, Zwist zu schüren zwischen den afrikanischen Staaten, deswegen entfachen sie Bürgerkriege — wie die sowjetischen Sozialimperialisten in Angola — um weiterhin die Reichtümer dieser Länder ausplündern zu können und sie zu militärischen Stützpunkten für ihre Weltherrschaftspläne zu machen.

Was geht uns Südafrika an?

Kollegen, einige von Euch halten uns Kommunisten immer noch entgegen: „Was wollt ihr eigentlich, uns geht es doch gut, was geht uns Südafrika an?"

Über eine Million Arbeitslose, Teuerung, Lohnraub haben im letzten Jahr schon manchen die Augen geöffnet über unser ‚Wirtschaftswunder'. Selbst bürgerliche Zeitungen geben bereits zu, daß 5 Millionen Menschen in unserem Land in Armut leben — Was aber bei uns 5 Millionen in Armut, 20 Millionen bedroht von Arbeitslosigkeit, Lohnraub und Teuerung sind — **gegenüber einer Handvoll reicher Schmarotzer (1,7% der Bevölkerung)**, das sind im Weltmaßstab zig von sogenannten Entwicklungsländern, in denen jährlich Millionen Menschen den Hungertog sterben — gegenüber einer Handvoll Industrienationen auf der anderen Seite.

So wie Armut, Unsicherheit, Krise in unserem Land auf der Ausbeutung der Arbeiter und Werktätigen durch eine Handvoll raffgieriger Finanzkapitalisten beruht, so beruht Elend und Not in den Entwicklungsländern auf der Ausplünderung durch eine Handvoll imperialistischer Industriestaaten mit ihren Finanzkapitalisten.

Die Völker der Dritten Welt nehmen Ausbeutung und Unterdrückung nicht länger hin, sie haben die Waffen gegen die Imperialisten erhoben, haben sie zum Teil schon verjagt und die Unabhängigkeit erkämpft. Auch in den reaktionären Bastionen Südafrika und Rhodesien wächst der Befreiungskampf, nehmen die Streikkämpfe zu. Die Völker der Dritten Welt kämpfen gegen denselben Feind wir wir: den Imperialismus. Ihr Kampf richtet sich dabei insbesondere gegen die beiden Supermächte **USA und Sowjetunion, die auch unser Land bedrohen.**

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Revisionistisches

WIE HEISST DER TREFFER BEIM FUSSBALL?

„Der Countdown zum Festival der Jugend läuft", verkündet die SDAJ überall. Und in der Tat: Nichts ist den modernen Revisionisten billig und schmutzig genug, um Jugendliche, die ein bißchen Unterhaltung wollen, anzulocken und für ihre konterrevolutionären Ziele einzuspannen. Die Propaganda von D,K'P, SDAJ und MSB Spartakus erinnert an den Werberummel der Kaufhäuser vor dem Winterschlußverkauf („Was alle scharf macht, wird in Dortmund passieren!") Natürlich darf dabei auch nicht das dümmliche Preisausschreiben fehlen, nach dem Motto: „Lesen Sie diese Anzeige genau durch, dann wissen Sie, daß Dash weißer wäscht." Wer nun glaubt, daß mit den Preisausschreibenfragen politisches Wissen getestet werden soll, der täuscht sich. „Wie heißt die bekannte Soul-Gruppe, die am Festival teilnimmt?" will die SDAJ wissen. Oder, „Spezialitäten gibt es aus vielen Ländern, aus welchem kommt die Pizza?", und „Wie heißt der Treffer beim Fußball?" Jeder Fußballfreund, der hier sein ‚Tor' auf die Antwortkarte schreibt, hat Aussicht, eine Reise nach Kuba, nach Moskau oder in die DDR zu gewinnen. Das ist die Art der modernen Revisionisten, Menschen von ihrer Linie zu ‚überzeugen': Bauernfängerei, die nicht auf die Kampfbereitschaft und den revolutionären Schwung der Jugend, sondern auf rückschrittliche, bürgerliche Tendenzen in der Jugendbewegung spekuliert.

DIE RUSSEN KOMMEN

Laut D,K'P sind die Sozialimperialisten ja die Spitze der Weltfriedensbewegung, die Vorkämpfer in der Welt für die Freiheit der Völker, das Bollwerk des Sozialismus. Wie die modernen Revisionisten diesen „Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung" sehen, zeigt eine Karikatur aus der Zeitung ‚UZ' vom 12. 3. 76: Dem angstschlotternden Kapitalisten, der aus Furcht vor ‚den Russen' schon mit dem Rücken zur Wand steht, bringen die Sozialimperialisten (‚Frieden und Freundschaft!') ein ganzes Auftragspaket und damit dicke Profite.









Wyhl: "Offenbacher Papier"

Ein Erpressungsmanöver der Landesregierung

Über ein Jahr hat die Kaiserstühler Bevölkerung bereits den Bau des Kernkraftwerkes Whyl verhindert. Fast ein ganzes Jahr wurde der Bauplatz trotz brutalen Polizeieinsatzes von der Bevölkerung besetzt gehalten. Mit Täuschung und Erpressung gelang es der Landesregierung von Baden-Württemberg Ende letzten Jahres dann,die Bevölkerung zur Aufgabe der Besetzung zu zwingen und Verhandlungen über den Bau des Kernkraftwerkes mit der Landesregierung aufzunehmen.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die von einer kleinen Verhandlungskommission der Bürgerinitiativen geführt wurden, ist das ‚Offenbacher-Papier'. Darin bietet die Landesregierung unter anderem an: den Bau des Kernkraftwerkes nicht vor November 1976 zu beginnen. Ein wissenschaftliches Gutachten zu erstellen, die Schadensersatzansprüche der Kernkraftwerke Süd GmbH und einiger Baufirmen und die Strafanträge gegen einzelne Besetzer zurückzunehmen, aber unter der unannehmbaren Bedingung, daß sich die Bürgerinitiativen zur ‚Gewaltlosigkeit' bekennen.

Das kommt einer Kapitulationsforderung gleich, denn unter dem Deckmantel der Wissenschaft soll nachgewiesen werden, daß ein Kernkraftwerk keine Gefahr für die Bevölkerung und ihre Existenzgrundlage darstellt. Die Landesregierung macht auch kein Hehl daraus, daß sie mit dem Bau beginnen wird, wenn sie angeblich keine Bedenken mehr hat, und nicht die Bevölkerung.

Aber die Bevölkerung ist nicht bereit, sich erpressen zu lassen oder aufzugeben, wie die Befragungen der Bevölkerung in der Fernsehsendung ‚Vor Ort' verdeutlichen: Der Kampf hat uns zusammengeschlossen, wir sind bereit. An die Adresse der Kapitalisten und Landesregierung gerichtet, stellten sich Redner auf der Kundgebung von ca. 15000 Menschen zum ersten Jahrestag der Besetzung in die Tradition der Bauernkriege, der Kämpfe der badischen Bauern gegen die Feudalherren. In die Tradition der Schlacht im Teutoburger Wald, wo die Römer zurückgeschlagen wurden: „Bis hierher und nicht weiter!"

Bis zum 1. März sollte in den verschiedenen Bürgerinitiativen jetzt über die Annahme des ‚Offenbacher Papiers' diskutiert und abgestimmt werden. Es kam folgendes Ergebnis heraus: Die Mehrheit der Bürgerinitiativen, genau 34, lehnten das Papier in dieser Form ab, sie wollten verschiedene Veränderungen. 8 Bürgerinitiativen lehnten das Papier insgesamt ab und lediglich zwei stimmten dem Papier in dieser Form zu. Diese Ereignisse beunruhigten die Landesregierung und die Kapitalisten.

Die Landesregierung will die Bürgerinitiativen jetzt zwingen, dieses Papier doch anzuerkennen. So heißt es in der Badischen Zeitung vom 5. März: „Für den Fall, daß die Offenburger Vereinbarungen tatsächlich scheitern, könnte sich nach Meinung Filbingers in zwei Punkten eine neue Situation ergeben: bei der Einordnung von Schadenersatzansprüchen und bei der Verfolgung strafbarer Handlungen." Jeder kann sich vorstellen, was es für einen Weinbauern oder eine Arbeiterfamilie bedeutet, wenn sie so einen Schadensersatzanspruch von mehreren tausend DM ins Haus geschickt bekommt und mit Pfändung bei Nichtzahlung gedroht wird oder wenn ihnen ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruch, worauf Gefängnis steht, angehängt wird. Mit dieser Methode der politischen Unterdrückung sollen jetzt die Interessen der Kernkraftwerke-Süd-Kapitalisten und der Landesregierung durchgedrückt werden.

Was Polizeieinsätze im letzten Jahr nicht erreichen konnten, das sollte Ende letzten Jahres mit ‚Verhandlungen' durchgesetzt werden. Es soll die Illusion bei der Bevölkerung erzeugt werden, ihre Interessen würden berücksichtigt, man könnte alle strittigen Fragen gemeinsam lösen und sich gütlich einigen. Scheitern aber diese Betrugsmanöver, weil die Bevölkerung mit dem Kuhhandel nicht einverstanden ist, greift der Staat zur Gewalt,um die Interessen der Kapitalisten durchzusetzen.

Nicht Versöhnung und Verhandlungen können den Bau des Kernkraftwerkes verhindern, sondern nur der Kampf der Bevölkerung.

Die Kundgebung von ca. 15000 Menschen zum ersten Jahrestag der Besetzung des Baugeländes im Februar in Whyl zeigt, daß auch heute eine Kampfbereitschaft vorhanden ist, um den Bau des KKW zu verhindern.

Frankreich Die ermordeten Weinbauern werden gerächt werden!

Fortsetzung von Seite 1

Diese militanten Aktionen riefen die modernen Revisionisten auf den Plan, die mit allen Mitteln versuchen, den Kampf zu zersetzen. Sie besetzten wichtige Funktionen im ‚Zentralen Weinbauernkomitee' und versuchten, die empörten Winzer an die reaktionäre ‚Weinlandarbeitergewerkschaft' zu ketten. Aber immer mehr richtete sich der Kampf der französischen Weinbauern auch gegen diese Verräter. So marschierten am 29. Dezember mehrere hundert Winzer von Aude nach Toulouse. Ihr Ziel war das Weinlager von Doumeng, einem der größten Weinimporteure, der schon einmal vor Gericht stand wegen illegalen Imports von mehreren tausend Hektolitern Wein. Was diesen Doumeng vor allen anderen Großhändlern auszeichnet und die Wut der Winzer noch verstärkte, ist, daß er der revisionistischen Partei Frankreichs angehört, in ihrem Namen als Bürgermeister von Noé die Politik dieser Gegend mitverantwortet und darüber hinaus als Begründer der revisionistischen Landarbeitergewerkschaft die bedrohten Winzer verrät. Seine Weinlager wurden zerstört. Am 1. März drangen etwa 100 Weinbauern in die Niederlassung des Großhändlers Ramel ein, zerschlugen die Hähne von 84 gefüllten Weinbottichen, vergossen den Wein und zerstörten die Weintankwagen dieses Großhandels.

Als Antwort auf diese Revolte griff die Regierung zu massiven Einschüchterungen. Während einer Demonstration von Arbeitern und Bauern wurden zwei Weinbauern verhaftet. Die Antwort auf diese Provokation war die vollständige Mobilisierung in der Languedoc-Roussillon. Am 4. März wurden Straßen, Autobahnen und Eisenbahnen von den Weinbauern blockiert.

So wird auch die Straßenkreuzung Montredon, nahe bei Narbonne, von den Winzern gesperrt. Als Polizeikräfte angreifen, antworten die Winzer mit revolutionärer Gewalt: Sie eröffnen Gewehrfeuer. Ein Polizeioffizier, der angetreten war, um die gerechte Revolte niederzuschlagen, wird getötet. Nach einem Augenblick der Panik sammeln sich die Polizisten wieder und eröffnen Maschinengewehrfeuer auf die Menge. Emile Poutys, ein Winzer aus Aude, fällt, ermordet. Noch eine halbe Stunde dauert der Feuerwechsel. Mehr als 30 Verwundete bleiben zurück.



Bauerndemonstration in Paris

Die Nachricht von diesem Mord verbreitet sich in Windeseile. Die gesamte Languedoc-Roussillon ist in Aufruhr. Ämter werden angegriffen und verwüstet, die Barrikaden an den Straßen verstärkt, Autobahnposten angezündet — die gerechte Antwort auf die Provokationen des Staates.

Die Reaktionäre sammeln sich zu einem neuen Angriff. Die Regierung droht, die ‚Meuterer' hinter ‚Schloß und Riegel' zu bringen. Die modernen Revisionisten verschweigen die gerechten Aktionen der Bauern und melden in ihrem Zentralorgan nur: „Neue Dramen haben sich ereignet." Kein Wort verlieren sie darüber, daß der Staat automatische Maschinengewehre nach dem Süden verlegt, daß Polizei- und Armeekräfte in das Aufstandsgebiet entsendet werden. Die Tageszeitungen wie etwa ‚Lettres de la Nation' fordern: „Das muß aufhören, kein Staat, der seines Namens würdig ist, kann bewaffnete Aufstände dulden."

Doch die Weinbauern finden überall in der Bevölkerung große Unterstützung. Die Beisetzung ihres ermordeten Kollegen wird zu einer Demonstration gegen den Terror des Staatsapparates. Die marxistisch-leninistische Partei Frankreichs, die in der Illegalität kämpft, verteilt Flugblätter in den Kampfgebieten und organisiert gemeinsam mit anderen Organisationen eine Demonstration in Paris.

Trotz der Drohungen gegen die kämpfenden Winzer war ihre Mobilisierung nie so stark wie heute. Die Haltung der Region läßt sich zusammenfassen in dem Satz eines Weinbauern, der von der marxistisch-leninistischen Bauernzeitung ‚Lau Faucille' interviewt wurde: „Wir sind von Gewalt bedroht, aber wir sind bereit, ihr zu begegnen."

Vom Aufbau des Sozialismus

DAS NETZ DER GESUNDHEITS-EINRICHTUNGEN ERWEITERT SICH IN DEN VERSCHIEDENEN BEZIRKEN ALBANIENS

Im laufenden Jahr wird sich in den verschiedenen Bezirken des Landes das Netz der Gesundheitseinrichtungen, wie Krankenhäuser, Polikliniken, Kurheime, Entbindungsheime und anderes erweitern. Ein großes Ausmaß erhält der Bau von Gesundheitseinrichtungen besonders auf dem Land. Die Investitionen für die Bauvorhaben dieser Art sind um 90% höher als im vergangenen Jahr. Beträchtliche Geldmittel stellt der Staat auch für die Ausrüstung der Gesundheitseinrichtungen in Stadt und Land mit modernen Geräten und Laboratorien bereit. Daß der Staat die ärztliche Betreuung unentgeltlich garantiert und die Zahl der Gesundheitseinrichtungen und der Ärzte jährlich zunehmen, haben die Möglichkeit geschaffen, daß die gesamte Bevölkerung, auch die der abgelegenen Berggegenden, in den Nutzen der ärztlichen Betreuung kommt. Heute gibt es in jedem Dorf ein Gesundheitszentrum und eine Mütterberatungsstelle. Jede zusammengelegte Landwirtschaftliche Genossenschaft verfügt über eine Gesundheitseinrichtung mit einem Arzt, Zahnarzt und Apotheker. In den Dörfern erfolgen die Geburten unter ärztlicher Aufsicht. Ein breites Netz von Kinderkrippen und -gärten wurde geschaffen. In vielen Gegenden des Landes, die entfernt von den Städten liegen, wurden Regionalkrankenhäuser errichtet. Zur Zeit der Herrschaft der Feudalbourgeoisie gab es in Albanien einen Arzt auf etwa 9000 Einwohner. Heute gibt es einen Arzt auf 800 Einwohner. Mehrere Ärzte, darunter viele Kinderärzte, begeben sich zur Arbeit in die Dörfer. Der Gesundheitsschutz des Volkes bildet neben den Maßnahmen zur Hebung des Wohlstands einen wichtigen Faktor, um die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen zu verlängern, die sich im Vergleich zur Vorkriegszeit fast verdoppelt hat.

Wußten Sie schon...

...daß in Albanien jedes größere Werk neben Sanitätern für jede Schicht einen Gynäkologen, einen Chirurgen und einen Internisten zur Verfügung hat, sowie entweder über einen Zahnarzt verfügt, oder über einen Anschluß an eine nahegelegene Zahnklinik hat? Dabei sitzen die Ärzte nicht in Sanitätshäuschen herum und warten, bis ein Patient sich von seinem Arbeitsplatz dorthingeschleppt hat, sondern sie machen regelmäßig die Runde durch das ganze Werk, kennen die Belegschaft und jeden einzelnen Arbeitsplatz. Alle 6 Monate werden alle Arbeiter in Betrieben oder in landwirtschaftlichen Betrieben gründlich untersucht und geröntgt.

...daß Mütter von kranken Kindern unter zwei Jahren im Mütterhaus des Krankenhauses wohnen und sich an der Pflege ihrer Kinder beteiligen können, ohne daß sie dafür einen Pfennig zahlen müssen oder Verdienstausfall haben?

...daß alle Arbeiter alle 6 Monate vorbeugend auf Krebs hin untersucht werden?

...daß 1974, als in Italien eine Choleraepidemie mehrere Todesopfer forderte, die gesamte albanische Bevölkerung innerhalb von 24 Stunden gegen Cholera geimpft wurde?

...daß dank der ausgezeichneten medizinischen Versorgung und der gründlichen vorbeugenden Untersuchungen schwere Krankheiten, die in den kapitalistischen Ländern zu richtigen Seuchen geworden sind, weitgehend beseitigt werden konnten? In der Stadt Korça z. B. gibt es bei 50000 Einwohnern pro Jahr höchstens 5 Herzinfarkte.

...daß auch die Kinder in den Kindergärten und -krippen monatlich einmal gründlich untersucht werden?

BKA - Perfekte Bespitzelung durch elektronische Fahndung

Dieser Tage feiert das Bundeskriminalamt das Jubiläum seiner 25jährigen Spitzeltätigkeit. Das BKA ist entscheidendes Instrument des Verfassungsschutzes bei der bundesweiten Überwachung der werktätigen Bevölkerung. Ein wichtiges Mittel für die Bespitzelung dabei ist die Elektronische Datenverarbeitung, EDV, mit deren Hilfe in Sekundenschnelle und über große Entfernung hinweg Informationen über Personen und Sachen zusammengefaßt und abgefragt werden können. Mit Hilfe des Datenverbundes (Zusammenschaltung mehrerer Datenverarbeitungsanlagen) und mit der noch für dieses Jahr geplanten Einführung der Personenkennziffer stellt das Spitzelsystem in Westdeutschland und Westberlin alle Karteien des Hitlerfaschismus in den Schatten:

„Das elektronische Fahndungssystem mit seinem Rechenzentrum im BKA gehört heute zu den größten seiner Art" (Siemens-Zeitschrift Nr. 48, Heft 1/74). Schon seit Anfang 74 gibt es einen Datenverbund zwischen den Rechenzentren der Landeskriminalämter und dem RZ im BKA. Auch verschiedene Dienststellen des Bundesgrenzschutzes sind am RZ des BKA angeschlossen. Damit aber nicht genug. Die Anlage des BKA ist zwar die umfangreichste ihrer Art aber lan-





In dieser Computeranlage werden die Angaben gesammelt, die schon heute bei Razzien ihre Anwendung finden.

ge nicht die einzige. Das BKA hatte 1973 bereits 160000 gesuchte Personen gespeichert. Der Verfassungsschutz alleine verfügt über 2 Millionen (!) Adressen. Es gehören aber auch Personendateien dazu, die sich — für sich allein betrachtet — ganz harmlos anhören wie z. B. „Finanzamt". Man darf sie aber nicht allein in ihrem Hauptzweck betrachten, sondern als ein Steinchen im Datenmosaik, mit dessen Hilfe die Bespitzelung vervollständigt werden kann. Damit die Überprüfungen exakter laufen, soll nun die sogenannte Personenkennziffer hauptsächlich dazu dienen, einen Datenverbund zwischen den verschiedenen Organisationen zu erleichtern.

Aufbau des BKA — Wiederspiegelung des Klassenkampfes

Man braucht sich nur die Kurve anzuschauen, die die Zahl der offiziell Beschäftigten beim BKA darstellt: 1951 von der Adenauer-Regierung aufgestellt, begann das BKA mit 350 Beschäftigten. Diese Zahl stieg stetig an bis auf 933 im Jahre 1969. Das war gerade die Zeit, in der sich die Kapitalistenklasse den großen Kämpfen der Werktätigen und dem Ansturm der revolutionären Studentenbewegung gegenübersah. Das Jahr, in dem auch die KPD/ML ihre Arbeit unter den Werktätigen begann. Die Bourgeoisie konnte sich nicht mehr allein auf ihre revisionistische Partei die KPD/D„K"P verlassen. Es mußten andere Maßnahmen ergriffen werden. „Die Bundesregierung hat 1970 mit dem Sofortprogramm zur Modernisierung und Intensivierung der Verbrechensbekämpfung eine deutliche Priorität gesetzt. 1969 hatte das Bundeskriminalamt 933 Planstellen und einen Etat von 22,4 Millionen DM. In diesem Jahr (1973 — d. Red.) verfügt das Amt über 2062 Stellen bei einem Gesamtetat von 122 Millionen DM." (Dr. Herold, Interview mit Siemens-Zeitung 1/74). Heute, 1976, ist der Apparat des BKA schon auf 2500 Stellen angewachsen.

Aber die DV-Anlage dient nicht nur dazu, schon gespeicherte Daten schnell abzurufen, um diesen oder jenen Kriminellen schnell zu verhaften und so die „Bevölkerung zu schützen". Vergleichen wir nur einmal die Wachstumsraten (Personal und Finanzetat) des BKA-Apparates mit der Wachstumsrate der Bevölkerung. Letztere stagniert seit etwa 1970. Nein, der Ausbau des Unterdrükkungsapparates ist eine Reaktion auf die wachsenden Klassenkämpfe und vor allem eine Vorbereitung auf die zu erwartenden Klassenschlachten. Denn die Klassenkämpfe werden nicht nur heftiger, sondern vor allem immer bewußter. Genosse Ernst Aust verglich in seiner Rede „Tod dem Faschismus" 1974 die Streiks 1969 und 1973:

„Beide waren spontan, richteten sich gegen den von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung diktierten Tariffrieden. Doch während die Septemberstreiks von 1969 sich noch fast ausschließlich im ökonomischen Bereich bewegten, wurden die Auguststreiks von 1973 nicht nur mit größerer Entschlossenheit und Verbitterung geführt, erfolgten Demonstrationen innerhalb und außerhalb der Betriebe, wurden Fabrikhallen besetzt, sondern zunehmend tauchten schon politische Losungen und Forderungen auf." Das hat die Bourgeoisie im Auge, wenn sie ihr Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit aufstellt und Stück für Stück verschärft. So soll denn auch mit Hilfe der EDV jeder fortschrittliche Arbeiter und jeder Kommunist herausgefunden sein, bevor er mit den Massen gemeinsame Kämpfe führt, sie ausrichtet auf den revolutionären Sturz der Diktatur der Bourgeoisie.

„Zugleich gestattet die mehrdimensionale Durchdringung der Datenbestände Verknüpfungen und Recherchen, die bisher nicht möglich waren.. Völlig neue Horizonte aber eröffnet die Tatsache, daß die massenstatistische Beobachtung des gewaltigen Phänomens Kriminalität erstmals Entwicklung, Tendenz und auslösende Momente von Veränderungen und Bewegung der Kriminalität sichtbar macht und damit erstmals rationale Einsicht in das Wesen des Verbrechens und seine Verursachung eröffnet." (Herold, Interview). Hier ist freilich immer von Verbrechen und Kriminalität die Rede, aber die streikenden Arbeiter von Nobel in Fürth z. B. sind im Sprachgebrauch der Bourgeoisie eben Kriminelle. Und wo überhaupt bekämpft denn die Bourgeoisie wirksam Verbrechen? Erstens sind sie selber die größten Verbrecher. Sie haben Zig- und Hunderttausende Unfalltote, Krüppel und Invaliden auf dem Gewissen, die Millionen Kriegstoten nicht gezählt. Zweitens gehört die Kriminalität zum Kapitalismus wie das Dotter zum Ei. Das ständig wachsende Elend der Arbeiterklasse und anderer werktätiger Schichten, die bürgerliche Erziehung, die Versuche der Spaltung aller unterdrückten Klassen und Schichten, all das produziert tagtäglich und stündlich Kriminalität.

Will die Bourgeoisie das wirklich abschaffen? Sie denkt nicht dran, nämlich: „Das Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Teil I, aus dem Jahre 1972 und die gerade jetzt (1973) erfolgte Novellierung des BKA-Gesetzes zeigen deutlich die Konzeption der Bundesregierung auf, **die innere Sicherheit mit allen Mitteln zu gewährleisten,** die im modernen Rechtsstaat zur Verfügung stehen." (Herold, Interview) **Und Siemens selbst,** einer der größten Monopole in der BRD, ergänzt treffend: „Computer, Datenbanken und Datenfernübertragungseinrichtungen in einem geschlossenen System sind zu einem schlagkräftigen Instrument der Polizei geworden." (Siemens-Zeitschrift, Nr. 46, Heft 1/74).

Aber was sind diese ganzen Hilfsmittel, wenn die Partei, die Arbeiterklasse und die Massen sich im Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zusammenschließen? Genosse Ernst Aust sagte dazu auf der Großveranstaltung zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML: **„Genossen, wenn es diese Einheit von Partei, Klasse und Massen gibt, dann ist das Volk unüberwindlich, dann kann man keinen Revisionismus durchsetzen, dann werden die Feinde abprallen. Deshalb ist diese stählerne Kampfgemeinschaft ungeheuer wichtig, nicht nur im Sozialismus, sondern auch im Kampf für den Sozialismus."**

Ein umfassendes Netz für Bespitzelungen

Bundeskriminalamt BKA und Landeskriminalämter LKAs: ist die Person schon mal festgenommen worden?
Verfassungsschutz VS: jede bekanntgewordene revolutionäre (verfassungsfeindliche) Tätigkeit
Bundesnachrichtendienst: siehe VS
Militärischer Abschirmdienst MAD: revolutionäre Tätigkeit in der Bundeswehr oder in Zusammenhang mit der Bundeswehr
Ausländerzentralregister AZR des Bundesverwaltungsamtes in Zusammenarbeit mit den Ausländerämtern der Gemeinden: sämtliche Informationen über *jeden* Ausländer
Statistisches Bundesamt und die statistischen Landesämter: sämtliche Informationen aus den „Volkszählungen"
Rechenzentren der großen Städte: siehe Stat. Landesamt samt Zusatzinformationen
Bundesanstalt für Arbeit/BFA und Landesarbeitsämter: Lebensläufe v. Bewerbungen, Informationen über fristlose Kündigungen (Anlaß für Sperrfristen beim Arbeitslosengeld)
Finanzamt: Arbeitsstelle des letzten Jahres
Rechenzentren der Großkonzerne und der Kapitalistenverbände: schwarze Listen über revolutionäre Tätigkeit oder auch nur Streiks in den Betrieben
Deutscher Gewerkschaftsbund: Listen über „gewerkschaftsfeindliche Aktivitäten", und sei es nur Unterschreiben roter BR-Listen



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

HAMBURG

Um die Berufung gegen ein Urteil über 4000 DM ging es in dem Prozeß gegen Genossen Wolfgang Walter am 27.2.76 in Hamburg. Diese hohe Geldstrafe war gegen den Genossen im Sommer in Abwesenheit verhängt worden und zwar wegen der Sätze „Bonner Parlament = Schwatzbude zum Betrug am Volk" und „Jagt sie davon — die Bonzen in Bonn". Diese Sätze standen auf einem Flugblatt, das zum Besuch des Prozesses gegen den ROTEN MORGEN (auch wegen Verächtlichmachung des Staatsorgans „Parlament") aufrief.

Im Prozeß zitierte Genosse Wolfgang Karl Marx, der im Kölner Kommunistenprozeß 1852 festgestellt hatte:

Es stand den Geschworenen nicht mehr frei, die Angeklagten schuldig oder nichtschuldig, sie mußten die Angeklagten schuldig finden — oder die Regierung. Die Angeklagten freisprechen hieß die Regierung verurteilen."

Und so geschah es dann auch: Genosse Wolfgang wurde zu 2500 DM Strafe verurteilt. (1500 DM weniger als im ersten Prozeß) Der Richter tat sich in der Urteilsbegründung ziemlich schwer — was angesichts der jüngsten Ereignisse in Niedersachsen, der Lockheed-Affäre usw. auch kein Wunder ist. So sah er sich gezwungen zuzugeben, daß oft auch in der Bevölkerung das Parlament als „Quasselbude" bezeichnet wird.

HAMBURG

Im Prozeß gegen den ehemaligen GRF-Genossen Gerd Strate in Hamburg vor dem Schöffengericht (Mitte Februar), wo es um die Berufung gegen ein Urteil von 90 Tagessätzen wegen Teilnahme an Fahrpreisdemonstrationen geht, weigerte sich eine der beiden Schöffinnen, das Strafjustizgebäude zu betreten, als sie sah, daß Personenkontrollen durchgeführt wurden. „Mit mir nicht", sagte sie und verschwand. Man suchte sie mit Peterwagen, schließlich telephonierte der Richter mit ihr. Seither muß der Richter jeden Morgen vor Prozeßbeginn zum Eingang, um sie ohne Kontrolle durchzuschleusen.

LEUTKIRCH

Am 11. 3. 1976 fand im Amtsgericht Leutkirch ein Prozeß gegen den Rotgardisten Michael B. statt. Er soll Faschisten der NPD beleidigt und „genötigt" haben. Unter den ca. 35 Zuschauern waren viele, die das erste Mal an einem politischen Prozeß teilnahmen. Der Genosse wurde vor Verkündung des Urteils ausgeschlossen. Das Urteil lautete schließlich auf 150 DM plus Verfahrenskosten. Das mag wenig klingen, aber der Genosse ist arbeitslos und bekommt keinen Pfennig Unterstützung, da er nach Beendigung der Schulzeit noch kein halbes Jahr gearbeitet hatte.

HAMBURG

Nach dem Willen der Bourgeoisie sollen in Zukunft Hausbesetzungen, Fabrikbesetzungen, die Besetzungen von Bauplätzen usw. als „kriminelle Vereinigungen" bestraft werden. Als Grundlage dafür dient ein BGH-Beschluß in Sachen Hausbesetzer, Eckhoffstr. in Hamburg. Die Staatsanwaltschaft Hamburg hatte gegen die Urteile der 8. Großen Strafkammer vom Jahr 74 Revision eingelegt. Aber nicht, wie der Staatsanwalt in der jetzigen Revisionsverhandlung sagte, um eine höhere Bestrafung zu erreichen, sondern um eine prinzipielle Rechtsfrage zu klären: nämlich, ob Hausbesetzer als kriminelle Vereinigung verfolgt bzw. bestraft werden können. Und der BGH entschied, daß die Hausbesetzer der Eckhoffstr. als „kriminelle Vereinigung" zu betrachten sind. So wurden alle 6 Angeklagten (es folgen noch weitere Prozesse) wegen Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung" und anderen Anklagepunkten verurteilt. Das Gericht, die 13. Große Strafkammer, ging jetzt zwar in seinem Strafmaß vom Strafmaß der 1. Instanz herunter, das bedeutet aber keinen besonderen Erfolg. Denn das Entscheidende ist, daß mit diesem Urteil ein Exempel in Bezug auf ähnliche Kämpfe statuiert wurde.

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/MI.

— Spendenkonto —

Sparkasse Dortmund

Kto.-Nr.: 321 004 547

Stichwort: SOLIDARITÄT

WESTBERLIN

Im Oktober 1974 erschien im Westberliner „Tagesspiegel" eine Anzeige, unterzeichnet von 128 Gerichtsreferendaren, die sich unter anderem gegen die Behandlung von Katharina Hammerschmidt wandte. (Katharina Hammerschmidt ist inzwischen an den Folgen dieser Behandlung gestorben). Jetzt erhielten 20 der Unterzeichner Strafbefehle: einer über 3200 DM, die anderen jeweils über 1600 DM! Das sind zusammen 33600 DM!

NEUMÜNSTER

Am 3. März wurde Genosse Manfred Fallet zu 3600 DM Geldstrafe verurteilt. Der Genosse war presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt der Partei zum Nato-Manöver „Bold Guard".

Schreibt den Genossen in Haft!

Heinz Baron, JVA Münster, Gartenstr. 26.
Sascha Haschemi, JVA München-Stadelheim, Stadelheimerstr.
Hans-Georg Schmidt, JVA Dieburg, Altstadt 25.
Mustafa Tutgun, JVA Dinslaken, Zweigstelle Duisburg-Ruhrort, Amtsgerichtsstr.

Bitte Rückporto beilegen.

Spende für ‚Routhier-Prozesse'

Von der Studentenvertretung der Gesamthochschule Essen „Fachschaft Medizin" am Klinikum erhielten wir folgenden Brief, für den wir uns herzlich bedanken:

Liebe Genossen,

wir haben Euch 570 DM auf das Konto des Vorstands der KPD/ML unter dem Stichwort „Routhier-Prozesse" überwiesen. Diese Spende der Fachschaft ist die erste Rate unserer Sammlung: „Essener Medizinstudenten spenden 1000 DM für Routhier-Prozesse." Zu dieser Sammlung wurde im Fachschafts-INFO Nr. 4 Feb. 76 aufgerufen. Den Rest von den 1000 DM werden wir wohl im Sommersemester zusammenbekommen... Ich möchte Euch darauf hinweisen, daß die Sammlung ausschließlich von Leuten durchgeführt wird, die nicht der KPD/ML oder einer ihrer Organisationen angehören.

Rot Front! A. Tanaka

SPENDEN

SPENDEN FÜR DEN ROTEN MORGEN

Im Februar gingen folgende Spenden für den ROTEN MORGEN ein:

Zelle Bnd UZ, Göttingen, 4. 2.	26,40	M. S., Tübingen, 16. 2.	7,50
S. S., Saarbrücken, 5. 2.	50,00	U. B., Dortmund, 16. 2.	10,50
W. H., Hamburg, 6. 2.	20,00	Kunden des Buchladen Roter Morgen, Westberlin, 17. 2.	180,09
Buchladen Roter Morgen, Bochum, 10. 2.	27,23	J. Th., Roth, 23. 2.	20,00
W. H., München, 10. 2.	70,00	E. Z., Albstadt, 26. 2.	20,00
Kunden des Buchladen Roter Morgen, Stuttgart, 12. 2.	100,00	J. L., Kamen, 29. 2.	10,OO
B. D., Wuppertal, 13. 2.	10,00	Bücherbörse Kiel, 29. 2.	34,00

Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 585,72 DM für diesen Zweck gespendet.

Folgende Spenden, die im Januar für den ROTEN MORGEN eingingen, sind noch nachzutragen:

W. D., Wolfenbüttel, 13. 1.	5,00	Kunden des Parteibüros Dortmund, 30. 1.	80,00
C. G., München, 23. 1.	20,00		

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

Von albanischen Bildern begeistert

Liebe Genossen!

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens machte neulich eine sehr gelungene Veranstaltung zum Thema Kunst und Kultur in Albanien. Ein Lehrer einer berufsbildenden Schule mit einer Gestaltungs-Abteilung nützte die Gelegenheit, einen Teil der bei dieser Veranstaltung gezeigten Ausstellung in unserer Schule aufzuhängen. Dabei stießen die albanischen Karikaturen, in denen die beiden imperialistischen Supermächte mit ihrer unbändigen Profitgier, ihren Tricks und Lügen angeprangert, und vor allem der Verrat der Sozialimperialisten am Marxismus-Leninismus entlarvt werden, auf großes Interesse der meisten Schüler. In den Pausen standen in den ersten Tagen immer größere Gruppen vor den einzelnen Bildern.

Ein Überblick über die albanische Malerei und Druckgrafik, der auch über die Befreiung und den Kampf des albanischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus informiert, hatte vor allem auch bei einigen Putzfrauen unserer Schule ein großes und positives Echo. Dies wurde dadurch unterstützt, daß dieser Überblick nicht in der Pausenhalle, sondern nur in einem Kellergang aufgehängt war, der zwar auch zu Werkstatträumen, aber vor allem zum Aufenthaltsraum und Putzlager der Frauen führt. Sie waren begeistert, endlich mal etwas an den sonst kahlen Wänden zu sehen, was sie gleichzeitig auch sehr anspricht. Im Gespräch mit den Putzfrauen, mit denen ich mich häufiger unterhalte, zeigte sich, daß sie vor allem von der großen Kraft und dem Selbstbewußtsein des albanischen Volkes beeindruckt sind. So müßte es auch bei uns sein, wurde gesagt. Daß das albanische Volk sich vor allem auf seine eigenen Kräfte stützt und sich von seiner marxistisch-leninistischen Partei in allen Angelegenheiten führen läßt, daß die Arbeiterklasse in Albanien herrscht und das albanische Volk unter diesen Bedingungen eine leuchtende Zukunft hat, beschäftigt gerade diese Frauen sehr, die ihr ganzes Leben nichts anderes kennengelernt haben als Ausbeutung und Unterdrückung, Faschismus und Krieg!

Übrigens hat die Schulleitung bisher nicht gewagt, etwas gegen diese Ausstellung zu unternehmen, obwohl hier auf sehr anschauliche Weise der Marxismus-Leninismus, die revolutionäre Ideologie des Proletariats propagiert wird!

Rot Front! Ein Genosse aus Bremen

Internationaler Frauentag: D„K"P-Schläger überfallen Genossin.

Am 7. 3. haben Genossen vom KBW und vom „Komitee gegen den §218" während einer Veranstaltung der D„K"P zum Internationalen Frauentag Flugblätter verteilt und die Komitee-Zeitung verkauft. Nach kurzer Zeit kamen einige Schläger der D„K"P, umzingelten die Genossen und sagten: „Das gibt's hier nicht! Hier gibt's keine Diskussion!" Als die Genossen darauf nicht eingingen wurde versucht, ihnen das Material zu entreißen. Dabei haben sie es geschafft, einer Genossin eine Unterschriftenliste wegzunehmen. Die Genossin rannte gleich hinter dem Kerl her und bekam ihn zu packen. Daraufhin drehte er ihr die Finger um. Bei der folgenden Rangelei schlug er der Genossin mehrere Male ins Gesicht und auf den Mund. Zugleich wurde sie auch von hinten von einem anderen dieser feigen Schläger auf den Kopf geschlagen. Wegen dieser Prügel hat die Genossin jetzt eine Zerrung in der Schulter und kann auf der rechten Seite den Kopf wegen der Schmerzen nicht auflegen.

Dieses faschistische Vorgehen hat der Bevölkerung den wahren Charakter der D„K"P gezeigt. Die Partei hat gleich darauf mit der Genossin gesprochen und ihr Unterstützung zugesagt, wenn sie gegen diesen Überfall den Kampf aufnimmt und eventuell einen Prozeß führt.

Rot Front, ein Genosse aus Essen

Sparen auf Kosten der Patienten

Liebe Genossen!

Ich berichte Euch über einen Fall, der sich in einer Klinik mit über 200 Betten in Norddeutschland abgespielt hat. Ein junger Mann namens K. war während der Arbeit unter ein Baufahrzeug geraten und schwer verletzt worden. Ein Bein mußte amputiert werden. Dann bekam der Patient Fieber. Das kam von einer Entzündung am Gesäß, die durch eine Spritze hervorgerufen wurde (Spritzenabzeß). Infolgedessen entstand eine Septikämie (Blutvergiftung) und ein Schock, in dessen Verlauf die Nierenfunktion sich verschlechterte (das ist sehr gefährlich). Vor einigen Tagen kam es nun zusätzlich zum Leberzerfallskoma, dessen Ausgang in den meisten Fällen tödlich ist.

Wäre dieser Krankheitsverlauf mit den Mitteln der modernen Medizin nicht zu verhindern gewesen? Sicherlich! Daß es so kam, liegt daran, daß auf Anweisung des Chefs dieser Klinik, Prof. Dr. Dr. med. W. im Zuge der Sparmaßnahmen Antibiotika eingespart werden. So hatte Herr K. nach der Amputation des Beines keine Antibiotika erhalten. „Die Entzündung muß der Körper von selbst heilen!" sagte der Chef. So werden Einsparungen an lebenswichtigen Medikamenten mit „wissenschaftlicher" Begründung durchgesetzt. Und wenn die Patienten dabei draufgehen! Hauptsache, das Krankenhaus ist immer voll belegt und die Kasse stimmt!

Eine rechtzeitige Behandlung mit Penicillin oder ähnlichen Medikamenten hätte das Leben von Herrn K. sicherlich nicht so gefährdet (noch lebt er). Diese Art von Sparmaßnahmen haben schon mehrere Patienten zu spüren bekommen. Z.B. Frau N., die nach einer Nierenentfernung an einer unbehandelten Lungenentzündung verstarb. Fast alle Assistenzärzte verurteilen diese „Medizin", aber wer den Mund aufmacht, der wird mit Schikanen eingedeckt, bis er aus den Schuhen kippt.

P. S.: Wenn man die Bücher über Bethune oder J. Horn gelesen hat, weiß man, daß sich so etwas unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, wie in China und Albanien, nicht wiederholen kann.

Revolutionäre Kampfesgrüße!

US-Panzer verwüsten Wald

Am 2. März fuhren in der Nähe von Wetzlar Panzer der US-Besatzer in einem Wald herum, der von vielen Spaziergängern aufgesucht wird. Sie pflügten die Wege, warfen ihre Colabüchsen und Plastikbecher herum und trieben Spaziergänger von den schmalen Wegen in die Büsche. Als ich am anderen Tag ein paar Fotos gemacht hatte, fuhr ein uniformierter Ami durch den Wald (im Privatwagen) und suchte den Förster. Auch die Bundeswehr gab sich die Ehre: im olivgrünen 1500er VW kamen ein Ziviler, vermutlich vom Wehrkreiskommando, und ein Oberstleutnant in den Wald gefahren. Der OTL sprang, obgleich durch Silber-Eichenlaub und zwei Pickeln auf den Schultern beschwert, aus dem Auto. Er grüßte durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung und fragte, ob ich von der Presse wäre. Auf meinen erstaunten Blick erklärte er diensteifrig: „Naja, wegen der Panzerspuren." Als ich seinen Verdacht nicht bestätigen konnte, stieg er wieder ein und fuhr weiter.

Eine alte Frau, die in der Nähe einen Garten hat, unterhielt sich eine Weile mit mir. Sie beschwerte sich über die Rücksichtslosigkeit der US-Truppen.

Rot Front! Ein Genosse aus Wetzlar.

Den Gelben Fluss entlang

— so heißt ein 141 Seiten starker Bildband aus der Volksrepublik China, in dem auf über hundert meist farbigen, meisterhaften Fotos, Kommentaren und mehreren Kurzartikeln dargestellt wird, wie das befreite chinesische Volk unter Führung der KP Chinas die Naturgewalten bezwingt.

Dieser Bildband schildert packend, wie es dem chinesischen Volk in den letzten 27 Jahren gelungen ist, den Gelben Fluß, den Huangho, China's zweitgrößten Strom, zu zähmen und die Naturkräfte immer besser in den Dienst der Bevölkerung zu stellen.

Der Huangho war Jahrhunderte lang eine schwere Geißel für das chinesische Volk. Es gab in drei Jahren mindestens zweimal katastrophale Überschwemmungen. 1500 Deichbrüche lassen sich von den ersten Aufzeichnungen bis zur Befreiung feststellen.

Im Ober- und Mittellauf des Gelben Flusses wurde kostbarer Ackerboden fortgespült, im Unterlauf kam es zu Überschwemmungen und dazu kamen noch ständige Dürren im ganzen Flußbereich. Not und Elend für die Bevölkerung ohne Ende. Unter den reaktionären Regimes im Laufe der Jahrhunderte konnte nur bruchstückhafter Deichbau und unzureichende Flußregulierung bewerkstelligt werden.

Erst durch die endgültige Befreiung im langjährigen Krieg gegen die japanischen Eindringlinge und Kuomintang-Verbrecher wurden die Kräfte des Volkes entfaltet, den Gelben Fluß zu bändigen. Auf die Weisung des Genossen Mao Tsetung hin: „Die Arbeiten am Gelben Fluß müssen gut ausgeführt werden!" (1952), wurden die Besonderheiten des Huangho gründlich erforscht und die Arbeiten angepackt. Denn der Gelbe Fluß führt nach Schneeschmelzen und Regenperioden nicht nur gewaltige Wassermassen mit sich und ist teilweise sehr reißend, sondern er ist zugleich der sandreichste Fluß der Erde und führt pro Kubikmeter Flußwasser 37,6 kg Sand und Schlamm mit sich. Durch den absinkenden Sand und Schlamm erhöht sich das Flußbett im Unterlauf beständig von Jahr zu Jahr. Die Deiche müssen immer mehr aufgestockt werden. An manchen Stellen fließt der Strom 3 bis 4 Meter — an einigen Stellen sogar 10 Meter — über der Ebene.

Es gibt also zahlreiche Probleme zu lösen: die Abschwemmung der Erde von den Hängen im Einzugsgebiet des Huangho muß verhindert werden; der Schlamm stört in den Wasserkraftwerken, wird aber auf den Äckern als Dünger gebraucht. Für alle diese Probleme hat das chinesische Volk aus eigener Kraft interessante Lösungen gefunden, wobei die ständige Bewässerung ehemaliger Dürre- und Wüstengebiete aus Stauseen am Rand des Huangho zur täglichen Routine gehört.

Jeder Leser dieses Bildbandes wird über den Einfallsreichtum, die Geschicklichkeit, Ausdauer und Energie des chinesischen Volkes bei der immer besseren Beherrschung der Naturgewalten begeistert sein. Zugleich aber wird man voller Zorn an die Deichbrüche in Norddeutschland während des Orkans im Januar dieses Jahres denken, daran, mit welch zynischen Sprüchen die Politiker aller bürgerlichen Parteien den vernachlässigten Küstenschutz rechtfertigten („Die Flut ist 2 bis 3 Jahre zu früh gekommen!" oder „100%ige Sicherheit vor Naturkatastrophen gibt es halt nicht!"). Aber auch an die Almosen der Landesregierungen und Axel Springers „Fluthilfe-Konzert" für die teilweise total ruinierte Bevölkerung in der Haseldorfer Marsch und im Kehdinger Land. So ist dieser Bildband zugleich ein anschaulicher Beweis für die Überlegenheit des Sozialismus nicht nur gegenüber der Vergangenheit Chinas, sondern auch gegenüber dem kapitalistischen System in Westdeutschland.

„Den Gelben Fluß entlang", Preis 14,00 DM. Zu beziehen über die **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus,** 2000 Hamburg 11, Postfach 111649.

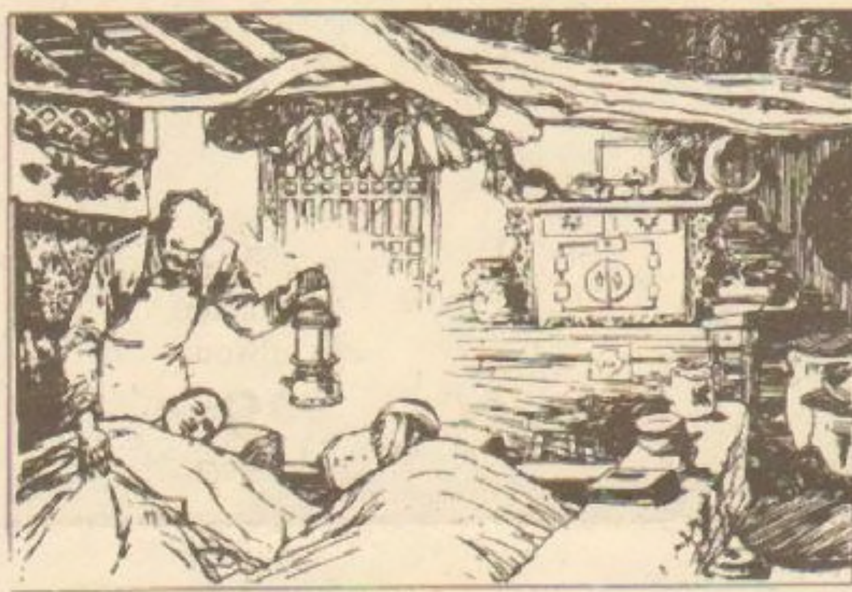
Norman Bethune in China

9. Folge. — Im Jahre 1937 wird Genosse Norman Bethune, ein bekannter kanadischer Arzt von der Kommunistischen Partei Kanadas nach China geschickt. Er teilte in den schweren Kriegsjahren während des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression mit der Armee und dem Volk im Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh Freud und Leid. Er machte die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes zu seiner eigenen Sache. Durch seinen hohen internationalistischen Geist und seine selbstlose Arbeit erwarb er sich die Achtung und die Liebe nicht nur des chinesischen Volkes, sondern von Millionen Menschen auf der ganzen Welt. In dieser Folge zeigen wir, wie Norman Bethune bei seiner Arbeit immer die Sorge um die Patienten an die erste Stelle setzte.

(Die Geschichte ist leicht gekürzt — RM).



Die Leitung sorgte sich sehr um die Gesundheit des Genossen Bethune. Eines Tages ließ sie den Koch extra für ihn zwei Schüsseln Hühnerbrühe kochen. Aber Genosse Bethune schenkte sie den verwundeten Kämpfern. Zu seinem Betreuer sagte er: „Ich bin ein kommunistischer Kämpfer. Ich darf nicht etwas Besonderes genießen."



In der Nacht ging Genosse Bethune stets mit einer Laterne durch die Krankenzimmer. Dabei betrachtete er den Schlafzustand der Verwundeten und deckte sie zu.



Genosse Bethune hatte wie alle Angehörigen der Achten Route-Armee stets ein Täschchen mit Nähnadeln und Garn bei sich, um Kleider auszubessern.



Ein jüngerer Kämpfer, der nach der Heilung in die Truppe zurückkehren wollte, schenkte Genossen Bethune ein Paar selbst geflochtene Strohsandalen. Genosse Bethune nahm sie mit großer Freude an. Er sagte dankend: „Das ist ein wertvolles Geschenk!" und zog sie gleich an.



Um der Welt über den großen Widerstandskrieg des chinesischen Volkes gegen die japanische Aggression zu berichten, und um Geldmittel, Medikamente sowie ärztliche Instrumente für die Unterstützung des kämpfenden chinesischen Volkes aufzubringen, beschloß er, in seine Heimat zurückzufahren.



Er hatte als Abreisetag den 20. Oktober vorgesehen. Aber in dieser Zeit versuchten die japanischen Eindringlinge eine ‚Winter-Säuberungsaktion' größeren Ausmaßes gegen die Gebirgsgebiete von Westhopeh. So entschied sich Genosse Bethune, seine Heimatreise aufzuschieben. Mit dem Sanitätstrupp begab er sich an die ‚Motiänling'-Front, wo heftig gekämpft wurde.



In der Nähe des von der Front vier Kilometer entfernten Dorfes Sundjiadschuang traf der Sanitätstrupp auf einen Verwundetentransport von der ‚Motiänling'-Front. Genosse Bethune ließ sogleich den Operationstisch in einem kleinen Tempel am Berghang aufstellen und begann mit der Arbeit.



Am nächsten Nachmittag kam ein Posten mit der Meldung: „Feinde auf dem gegenüberliegenden Berg entdeckt!"

(wird fortgesetzt)

"Zeri i Popullit": Der Parteitag der Sowjetrevisionisten

Parteitag der Demagogie und der sozialimperialistischen Expansion

Vor kurzem fand in Moskau der Parteitag der revisionistischen KPdSU statt. ‚Zeri i Popullit', das Zentralorgan der PAA, ging darauf in einem Artikel ein, aus dem wir im folgenden Auszüge abdrucken.

„Der 25. Parteitag der KPdSU war eine Fortsetzung und weitere Vertiefung des Kurses der neuen Chruschtschowschen Führung hin zur verstärkten kapitalistischen Ausbeutung im Inneren und intensivierten imperialistischen Expansion nach außen. Weder seinem Wesen noch seiner Form nach unterschied er sich von den früheren von Breschnew und seiner Clique organisierten Parteitagen: die gleichen lärmenden Spekulationen um den Leninismus, die gleiche raffinierte soziale Demagogie, die gleiche betrügerische politische Phrasendrescherei, das gleiche Spiel mit den Statistiken, die gleiche Angeberei, die gleichen leeren Versprechungen, nur daß diesmal der Generalsekretär der sowjetischen Revisionistenpartei das ganze Arsenal politischer Kunststückchen und alle Schliche der opportunistischen Propaganda ausnutzen wollte, um aus Schwarz Weiß zu machen, um Niederlagen als Siege, um imperialistische Aggression als reinen Internationalismus, revisionistische Entartung und Desintegration als Gipfel der Einheit und Geschlossenheit hinzustellen.

Breschnew versuchte die scharfen Ecken zu vermeiden, der Diskussion der großen inneren und äußeren Probleme aus dem Wege zu gehen. So erwähnte er z. B. nicht die ‚Normalisierung' in der Tschechoslowakei und ging über die zunehmenden Meinungsverschiedenheiten mit einigen revisionistischen Parteien hinweg, indem er sagte: ‚Manche Parteien haben ihre besonderen Ansichten zu einigen Fragen, aber die allgemeine Tendenz ist durch den fortschreitenden Zusammenschluß der sozialistischen Länder gekennzeichnet.'

Was für Parteien sind das? Was sind das für Fragen? Außerhalb der Sowjetunion kennt sie jeder. Aber das Sowjetvolk soll in der Illusion bleiben, daß die Geschlossenheit zunimmt, die Gemeinschaft sich festigt. Und wenn neue Ereignisse geschehen, wie die von Prag oder von Gdansk, hat Breschnew die Schlagworte auf Lager, um zu behaupten, die Panzer würden geschickt, um die Gemeinschaft zu retten, um die Geschlossenheit zusammenzuschweißen. Genauso hütete sich Breschnew vor jeder Erörterung der Konflikte, in denen die Sowjetunion steckt, besonders der der letzten Jahre wie z. B. der Bruch mit Ägypten, die Verwicklung in Portugal usw.

Trotzdem zeigten sich bei den auf dem Parteitag behandelten Fragen der Außenpolitik der Hegemonie- und Expansionskurs der sowjetischen Supermacht, ihr Streben, über die Völker und Nationen zu herrschen, die Versuche, bei den Kriegsvorbereitungen noch weiter zu gehen, in ihren ganzen ungeheuerlichen Ausmaßen. ‚Es gibt jetzt wohl keinen Teil der Erde', sagte er protzend wie einst der König von England, ‚dessen Verhältnisse bei der Gestaltung unserer Außenpolitik nicht berücksichtigt werden müßten.' In normale Sprache übersetzt heißt das, daß es keine einzige Frage gibt, in die sich der sowjetische Sozialimperialismus nicht versucht einzumischen, daß es keinen Raum gibt, an dem er nicht interessiert ist, daß es kein Gebiet gibt, wo er nicht versucht, im Trüben zu fischen, daß es keine internationale Streitfrage gibt, aus der er nicht zu profitieren versucht.

Ultrachauvinismus gegenüber den RGW-Ländern

Breschnew gab erneut offen seinen Plan bekannt, dabei voranzuschreiten, die nationale Souveränität der revisionistischen Länder vollständig zu liquidieren und sie unmittelbar der Kontrolle der sowjetischen Staatsorganismen zu unterstellen, sich den von Moskau gegebenen Direktiven und Richtlinien bedingungslos zu unterwerfen. An die Adresse des Auslandes gewandt, sprach er nicht nur im Namen des Blocks, sondern auch als dessen Oberherr."

„Aus demagogischen Gründen", fährt ‚Zeri i Popullit' fort, „verzichtete er nicht darauf zu sagen, es gebe ‚ein Aufblühen der sozialistischen Nationen und ein Erstarken ihrer Souveränität.' Er beeilte sich jedoch sofort zu erklären: ‚Die gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Nationen werden immer enger. Es entstehen immer mehr gemeinsame Elemente in ihrer Politik, Wirtschaft und ihrem sozialen Leben'. Damit wiederholte er die ultrachauvinistische These, die seit langem in der Sowjetunion im Umlauf ist und die den vom Kreml befolgten Kurs der Entnationalisierung ausdrückt, nach dem in den sozialistischen Ländern die nationale Souveränität allmählich erlösche, während eine Art neue internationalistische, übernationale Souveränität zunehme usw. Und von der Tribüne des Parteitages aus gab er mit der Arroganz und Aufgeblasenheit eines Monarchen den Befehl, die regierenden Parteien müßten ‚gegen Abkapselung und nationale Isolierung kämpfen und die gemeinsamen internationalen Aufgaben erkennen', damit sie diesen Prozeß vorantreiben, der nach ihm eine Gesetzmäßigkeit sei.

Der äußerst breite Raum, den in den Berichten von Breschnew und Kossygin und den Diskussionsbeiträgen der Parteitagsteilnehmer die Pläne zur wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Integration der RGW-Länder und die Bemühungen, diese Pläne theoretisch zu untermauern, einnahmen, beweist, daß die sowjetische Führung mit großem Nachdruck und in großer Eile alle Grenzen auslöschen, jedes Anzeichen von Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, das noch übriggeblieben ist, beseitigen will.

Das reaktionäre Schlagwort von der ‚Mutterpartei'

Auf dem Parteitag wurde auch auf die Beziehungen zu anderen revisionistischen Parteien eingegangen, aber Breschnew versuchte möglichst leicht über die ideologischen, politischen, taktischen Meinungsverschiedenheiten usw. hinwegzukommen, die zwischen Moskau und etlichen anderen Parteien des revisionistischen Lagers entstanden sind.

Die Moskauer Herren nennen ihre Partei ‚Mutterpartei', die Sowjetunion ‚Zentrum des Kommunismus', Moskau den ‚Stab des revolutionären Weltprozesses'. Breschnew gefällt sich darin, häufig die leitende Rolle seiner Partei zu betonen, und auf dem 25. Parteitag hat er keine Gelegenheit ausgelassen, um gegenüber den anderen das Programm der Beratung von 1969, oder die in bestimmten Formen von internationalen Beratungen der Bruderparteien kollektiv formulierten Gesetzmäßigkeiten zu erwähnen. Gleichzeitig zögerte er nicht, erneut eine neue ‚Weltberatung der kommunistischen und Arbeiterparteien' zu fordern, auf der, nach ihm, die ‚allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Revolution und des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus kollektiv formuliert werden.'

Breschnew hat aber weder dem Parteitag noch seiner Partei gesagt, daß sich die Beratung der europäischen Revisionistenparteien, auf der der Kreml so beharrlich besteht, inzwischen seit Jahren hinzieht, denn zahlreiche ‚Bruder'parteien wollen sich nicht von einem gemeinsamen Dokument an Moskau binden lassen, wollen nicht von ihm Befehle erhalten. Die antiopportunistischen Kritiken ohne Adresse, die von Breschnew sowie von etlichen Führern der Sowjetunion und der anderen revisionistischen Länder Osteuropas geübt wurden, jedoch unmittelbar auf einige westliche Parteien gemünzt waren, stellen einen schlecht getarnten Bluff dar. Worte wie die, die Breschnew auf dem Parteitag von sich gab, für seine Partei könne ‚nicht die Rede sein von Kompromissen in grundsätzlichen Dingen oder Versöhnlertum gegenüber Ansichten und Handlungen, die der kommunistischen Ideologie widersprechen', klingen nicht nur demagogisch, sondern auch reichlich lächerlich.

Die Patriarchen des modernen Opportunismus kritisieren jetzt die kleinen Adepten des Revisionismus, daß sie nicht auf dem richtigen Weg gehen. (...)

Wenn jedoch der Generalsekretär der Revisionistenpartei der Sowjetunion für ‚verschiedene und friedliche Wege der Revolution' ist (wie er in Bezug auf Chile auf dem Parteitag erklärte — RM), warum spricht er dann dieses Recht seinen italienischen, französischen oder spanischen Kollegen ab? Was sagen Berlinguer, Marchais oder Carillo mehr als das, was Breschnew beunruhigt? Warum stimmen die sowjetischen Führer andererseits begeistert Zugeständnissen wie denen von Ali Jata, dem Sekretär der Kommunistischen Partei Marokkos, zu, der zu einem erklärten Royalisten geworden ist, oder denen Danges, Sekretär der KP Indiens, der ein flammender Befürworter der indischen Kongreßpartei ist, einer Partei, die im Land ein Regime errichtet hat, das kaum von dem der Faschisten zu unterscheiden ist?

Es liegt auf der Hand, daß sich die Sowjetunion überhaupt nicht darum sorgt, welche Haltung die Parteien gegenüber dem Marxismus-Leninismus einnehmen, den sie selbst verraten haben. Das Kriterium, mit dem sie jene mißt, sind die Treue gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus, die Zustimmung zu seiner Außenpolitik und ihre Unterstützung, die Unterwerfung gegenüber ihrem diplomatischen Spiel. Die Parteien beurteilt sie nicht danach, ob sie für die Revolution sind oder nicht, ob sie für den Sozialismus sind oder nicht, sondern danach, wie prosowjetisch sie sind, wie sie die Sowjetunion unterstützen und sich ihr unterwerfen.

Die Sowjetrevisionisten wollen außerdem vermeiden, daß die revisionistischen Parteien des Westens offen, öffentlich und offiziell mit ihren sozialdemokratischen Ansichten auftreten, vor aller Welt erklären, daß sie die marxistisch-leninistische Wissenschaft aufgeben haben. Das bringt die Partei Breschnews in eine etwas unangenehme Lage, da sie versucht, sich mit dem Leninismus zu tarnen und noch immer mit dem Sozialismus zu spekulieren. Die Haltung der Revisionisten Westeuropas bereitet ihrer Propaganda große Scherereien, fördert aber besonders das Mißtrauen gegenüber Moskau und die Loslösung anderer Parteien von Moskau.

Die ideologische Entartung und die ständigen Auflösungserscheinungen im revisionistischen Lager sind ein unaufhaltsamer Prozeß, der nicht gestoppt werden kann. Sie sind Folge des konterrevolutionären Kurses der sowjetischen Chruschtschow-Revisionisten, ihrer chauvinistischen und Hegemoniepolitik, Folge ihres revisionistischen Verrates. Die Partei der Arbeit Albaniens hatte von Anfang an gewarnt, daß die Meinungsverschiedenheiten, Streitigkeiten und Auflösung für die verschiedenen Abteilungen des modernen Revisionismus unvermeidlich sind, daß sie einem Korb Krebse gleichen und daß, je mehr Zeit verstreicht, die Widersprüche umso mehr zunehmen, die Auseinandersetzungen umso heftiger werden."

Imperialistisches Hegemoniestreben

„Breschnew und die anderen", betont ‚Zeri i Popullit', „sprachen auf dem Parteitag viel über den proletarischen Internationalismus, von dessen Prinzipien sich angeblich die gesamte sowjetische Außenpolitik leiten lasse, nicht nur mit den Ländern und Parteien, die er sozialistisch und kommunistisch nennt, sondern auch mit den jungen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

‚Wir sowjetischen Kommunisten', sagte er, ‚nennen die Verteidigung des proletarischen Internationalismus eine heilige Aufgabe für jeden Marxisten-Leninisten.' Was diese heilige Aufgabe ist, ließ er seinen Herold aus Bulgarien, Todor Schiwkoff, erklären, dessen Lobreden auf die Politik und die Person Breschnews jedes Maß und jede Norm auch der eifrigsten Lakaien überschritt. Indem er sich auf die Vergangenheit berief, versuchte er zu erklären, daß der proletarische Internationalismus wie früher auch heute der Haltung der Sowjetunion und vor allem der Haltung zur Politik Breschnews gleichkomme. Auf diese Weise ergibt sich, Schiwkoff zufolge, wenn Breschnew die Besetzung der Tschechoslowakei befiehlt, so ist das Internationalismus, wenn er Lon Nol gegenüber dem kambodschanischen Volk verteidigt, handelt er wieder als Internationalist, wenn die Kremlführer Jahr für Jahr viele Tausende Emigranten nach Israel schicken, vollbringen sie eine große internationalistische Tat, wenn sie Pakistan teilen und den Bürgerkrieg in Angola anheizen, opfern sie sich für andere auf, wenn sie soundsoviele reaktionäre Regime mit Waffen und Krediten ausrüsten, um die Revolution zu unterdrücken, auch dann handeln sie im Namen des Internationalismus.

Doch welche Anstrengungen Breschnew und seine diskreditierten Unterstützer, wie Schiwkoff und Husak, auch unternehmen, die konterrevolutionären Prinzipien, von denen die heutige Sowjetunion geleitet wird, können nicht als proletarischer Internationalismus verkauft werden. Das Vormacht- und Expansionsstreben der sowjetrevisionistischen Führer, ihre brutale Einmischung in die inneren Angelegenheiten, die imperialistischen Intrigen und Komplotte, die sie gegen souveräne Staaten und Länder aushecken, zeigen sich auf Schritt und Tritt. Damit werden alle Völker konfrontiert und kämpfen dagegen.

Als die Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins das Zentrum der Weltrevolution war, war die Haltung ihr gegenüber wirklich ein Kriterium des proletarischen Internationalismus. Heute aber, da in der Sowjetunion der Marxismus-Leninismus und die Revolution verraten sind, da die revolutionäre Politik, die Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker und die Solidarität mit ihm durch eine Hegemonie- und Expansionspolitik ersetzt sind, durch die brutale Einmischung in die inneren Angelegenheiten, durch imperialistische Intrigen und Komplotte gegen souveräne Staaten und Länder, ist derjenige Internationalist, wie Genosse Enver Hoxha gesagt hat, der die Sowjetrevisionisten bekämpft, ihren Verrat entlarvt, der mit allen Kräften ihre antimarxistische und imperialistische Politik und Linie zurückweist. Der proletarische Internationalismus ist allein Ideologie des Proletariats. Er vertritt die internationale Klasseneinheit des Proletariats im Kampf für den Sturz des Kapitalismus, für den Aufbau des Sozialismus und für die Unabhängigkeit und Befreiung der Völker.

Internationalistisch können also nicht die revisionistischen antiproletarischen Staaten und die revisionistischen und sozialdemokratischen Parteien sein, die der Bourgeoisie dienen. Den Internationalismus interpretieren und betrachten sie entsprechend ihren bürgerlichen und sozialchauvinistischen Interessen. Der proletarische Internationalismus versöhnt sich niemals mit der kapitalistischen Großbourgeoisie, mit den imperialistischen Trusts und Monopolen, mit den Unterdrückern der Revolution und den Feinden des Kommunismus, sondern steht im Kampf mit ihnen. Die Grundforderung des proletarischen Internationalismus ist, daß die Arbeiterklasse und ihre Vorhut in jedem Land mit allen Kräften und Mitteln den revolutionären Kampf für die nationale und soziale Befreiung, für den Aufbau des Sozialismus und für die Verteidigung der Siege der Revolution in anderen Ländern unterstützt.

Auf dem 25. Parteitag wurde es auch noch klarer, daß die Sozialimperialisten die Maske des proletarischen Internationalismus als Mittel benutzen wollen, um besonders in die jungen Entwicklungsländer einzudringen und dort Spaltung zu stiften. An diese Länder gerichtet entfalten die Revisionisten gegenwärtig auch die teuflischsten demagogischen Manöver, die abgefeimtesten Intrigen und die barbarischsten Komplotte. Indem sich die Sowjetunion als ihr Verteidiger aufspielt, versucht sie mit allen Mitteln, sie in ihren Wirtschaftsbereich einzubeziehen und sie durch den Waffenverkauf auch militärisch und politisch an sich zu binden. Die Thesen Breschnews über die nationale Befreiungsbewegung bleiben trotz ihres äußeren leninistischen Mäntelchens im Wesen reaktionär, ein Ausdruck der wilden sozialimperialistischen Politik.

Lenin betrachtete die nationale Befreiungsbewegung als einen sehr wichtigen Faktor für die Verstärkung des internationalen revolutionären Prozesses und als natürlichen Verbündeten der proletarischen Revolution. Die Unterstützung der Befreiungsbewegungen der Völker durch die sozialistischen Staaten und die Kommunisten betrachtet er als eine Aufgabe, die mit den Interessen der proletarischen Weltrevolution insgesamt zusammenhängt, während die Hilfe, deren sich Breschnew auf dem Parteitag so sehr brüstete, da er sie angeblich diesen Bewegungen geleistet habe, weder mit der Revolution noch mit dem Internationalismus und dem Sozialismus irgendetwas gemein haben.

Die Hilfe der Sowjetrevisionisten war stets von politischen Bedingungen begleitet und immer mit Expansion verbunden. Der arabische Osten ist das deutlichste Beispiel. Eine gewisse Hilfe, die sie hin und wieder diesem oder jenem Land gegeben haben, betrachten sie nicht von dem Blickwinkel aus, den Arabern dabei zu helfen, ihren Befreiungskampf bis zum siegreichen Ende zu führen, sondern vom Blickwinkel der Rivalität mit den Vereinigten Staaten und den Schachereien mit ihnen aus, um den Nahen Osten in Einflußbereiche aufzuteilen. Sie be-

Fortsetzung auf Seite 10

Parteitag der Demagogie und der sozialimperialistischen Expansion

Fortsetzung von Seite 9

trachteten diese Hilfe als Kapitalinvestition, um in diesem strategisch wichtigen Gebiet politische, wirtschaftliche und militärische Positionen zu besetzen, und als Schuldverschreibung, um den Arabern Hände und Füße zu binden."

Die sogenannte Entspannung — ein Betrug

„Auf diesem Parteitag", schreibt ‚Zeri i Popullit', „wurde erwartungsgemäß gewaltiger Rummel um die sogenannte Entspannung gemacht, eine Politik, die Breschnew mit seinem Namen und seiner Karriere verbunden hat. Auf diesem Gebiet ergoß sich ein Strom von Demagogie, und der Redeschwall kannte keine Grenzen. Die Farben, in denen Breschnew die heutige internationale Situation zeichnete, waren durch und durch rosig.‚Es waren große Anstrengungen erforderlich', erklärte er voller Stolz, ‚damit sich die Menschen, besonders aber diejenigen, die die Politik von Staaten leiten, allmählich an den Gedanken gewöhnen, daß das Natürliche nicht Balancieren am Rande des Krieges, sondern Verhandlungen über strittige Fragen, nicht Konfrontation, sondern friedliche Zusammenarbeit ist.'

Die Realität sieht aber ganz anders aus, und die Menschen lassen sich nicht von der Demagogie der Revisionisten in die Irre führen. Tatsache ist, daß die Gefahr des Krieges infolge des Wettrüstens, der scharfen Rivalität zwischen den beiden Supermächten, ihrer aggressiven und neokolonialistischen Politik, der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Völker, der Angriffe auf die Freiheit und Souveränität der Nationen nicht ferner ist, sondern im Gegenteil immer bedrohlicher wird. Die Kriegsetats der beiden Supermächte haben astronomische Höhen erreicht und die Rekordziffer von 100 Mrd. Dollar im Jahr überschritten. Jeden Tag werden die Atomwaffen vermehrt und weiter perfektioniert, werden Panzer und Flugzeuge neuer Typen hergestellt, erhöht sich die Zahl der U-Boote und kommen neue Arten von Raketen hinzu.

Warum all diese Ausgaben? Warum brauchen sie all diese Waffen?

Das Ziel der beiden Supermächte ist die Weltherrschaft, und das Mittel, um es zu verwirklichen, ist der Krieg. Die sowjetischen Sozialimperialisten und die US-Imperialisten haben stets versucht, die Expansion und die Hegemonie, die Intervention und den Raub hinter schönen Worten und verlogenen Losungen zu verschleiern. So geschieht es auch jetzt. Breschnew hob die sogenannte Europäische Sicherheitskonferenz in den Himmel, und ihm zufolge wurden durch sie günstige Voraussetzungen für die Erhaltung und Festigung des Friedens auf dem ganzen Kontinent geschaffen.

Die Völker Europas und der ganzen Welt jedoch durchschauen immer besser, daß die Friedenseuphorie, die Demagogie und Reklame von der ‚Entspannung' ein gewaltiges teuflisches Manöver darstellen, um das Denken der Menschen zu verwirren, um die von der aggressiven Politik der beiden Supermächte ausgehenden Sorgen mit leeren Versprechungen und falschen Illusionen zu überdecken.

Tatsache ist, daß die Europäische Sicherheitskonferenz, wie sehr sie Breschnew auch verteidigt und preist, ein riesiger Betrug war und daß ihr Ergebnis nicht etwas war, das den Frieden fördern und die Sicherheit festigen kann.

Ein Problem war und bleibt für Europa die Existenz der ausländischen Stützpunkte, die Anwesenheit der amerikanischen und sowjetischen Truppen in zahlreichen Ländern, die massenhafte Lagerung von Atomwaffen. Können sich die europäischen Völker durch die Wiegenlieder beruhigt fühlen, die die Revisionisten auf ihren Parteitagen anstimmen, wenn sie auf solchen Pulverfässern schlafen? Wie können sie sich ruhig fühlen, während die Kanonenboote der Supermächte sie vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer umzingeln, während ihre Flugzeuge wie hungrige Krähen am Himmel Europas kreisen? Wie viele Friedensprogramme, Sicherheitskonferenzen oder allgemeine Abrüstungspläne Breschnew daher auch fabrizieren und von jeder Tribüne ausposaunen mag, er wird wenig Leichtgläubige finden, die er betrügen kann. Wenn Breschnew von der ‚Beendigung des kalten Krieges', dem ‚Übergang von der Kriegsgefahr zur friedlichen Zusammenarbeit' usw. spricht, hat er nicht die Anstrengungen im Sinn, die die Völker unternehmen, um sich der Aggressionspolitik des Imperialismus zu widersetzen und den Krieg zu verhindern.

Der Aufruf zur ‚friedlichen Zusammenarbeit' und ‚Nicht-Konfrontation', zu ‚Verhandlungen über strittige Fragen' richtet sich ausschließlich an den US-Imperialismus. Trotz der undurchsichtigen Sprache, die die Diplomatie verlangt, wenn sie auf öffentlichen Tribünen und nicht vertraulichen Verhandlungen unter vier Augen spricht, forderte Breschnew die USA unverblühmt auf, die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit zu verstärken und sie zum beherrschenden Faktor im heutigen internationalen Leben zu machen.

Es ist nicht zufällig, daß auf dem jüngsten Parteitag der Sowjetrevisionisten der Antiimperialismus nicht einmal als Propaganda benutzt wurde. Die sowjetische Führung ist der Meinung, daß das Kräftegleichgewicht zwischen den beiden Supermächten so ist, daß die Schachereien mit dem US-Imperialismus auf Kosten der Völker und gegen ihre Freiheit und Unabhängigkeit wie zwischen gleichen Partnern betrieben werden müßten. Ihre wirkliche Klassenfeindschaft zeigen die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Gefolgsleute nur gegen die Volksrepublik China und das chinesische Volk, gegen die Volksrepublik Albanien und das albanische Volk, gegen die Revolution und den Sozialismus."



Während die neue Bourgeoisie ein Leben in Saus und Braus führt...

Verfall im Innern

„Erörterte der 25. Parteitag die heutigen Weltprozesse und die Außenpolitik der Sowjetunion vom Standpunkt der imperialistischen Supermacht aus", betont ‚Zeri i Popullit', „so wurden die Probleme im Inneren vollständig vom Standpunkt des Bürokratismus und Technokratismus aus betrachtet. Die unglaubliche ideologische Dürftigkeit, das Fehlen schöpferischer Ideen und das Vorherrschen eines platten empirischen Praktizismus, mit dem die Probleme der Partei, Wirtschaft , Kultur, Wissenschaft usw. behandelt wurde, machten diesen Parteitag zu einer Zusammenkunft von technokratischen Geschäftsleuten, deren einziges Interesse die Effektivität der Wirtschaft, die Dynamik, Rentabilität und der Profit ist, was alles in Tonnen und Rubeln gemessen wird.

Als Breschnew an die Macht kam, war eine der Hauptrechtfertigungen für den Putsch gegen Chruschtschow die dringende Notwendigkeit, die Landwirtschaft aus der Rückständigkeit und Desorganisation herauszuführen, und sich selbst rief er zum Retter der Kolchosen aus. Er zog ein Programm nach dem anderen hervor und versprach allen Weißbrot und gebratene Tauben. Heute rennt sich aber in den Speichern der Sowjetunion die Maus die Fresse ein. Zweimal innerhalb weniger Jahre stand die Sowjetunion trotz der Hunderte Millionen Hektar nutzbaren Bodens, trotz der endlosen Weiten von Wäldern und Weiden, trotz der großen menschlichen Energien und des riesigen Maschinenparks am Rande des Hungers. Falls es die Getreidelager der amerikanischen, kanadischen und australischen Farmer und das Gold Sibiriens nicht gäbe, wäre die Katastrophe noch verheerender als die gewesen, die die Wolgabauern zur Zeit des zaristischen Rußlands gekannt haben. (...)

Vor fünf Jahren hatte Breschnew den 24. Parteitag ‚historisch' genannt, da er großartige Aufgaben für die umfangreiche Produktion von Konsumgütern, die Verbesserung ihrer Qualität, die Vergrößerung des Sortiments usw. festlegte. (...)



...müssen die Werktätigen, wie hier vor einem Moskauer Kaufhaus,Schlange stehen.

In seinem Bericht vor dem Parteitag sagte Breschnew: ‚Wir haben es noch nicht gelernt, unter Gewährleistung eines hohen Entwicklungstempos der Schwerindustrie auch die Abteilung zwei und die Dienstleistungssphäre beschleunigt zu entwickeln.' Ist das etwa eine Frage des Lernens und der Erziehung? Allen ist klar, daß die großen Unregelmäßigkeiten und Deformierungen in den verschiedenen Sektoren der sowjetischen Wirtschaft, die sich so negativ auf das materielle und Lebensniveau der werktätigen Massen auswirken, Folge der Chruschtschowschen Linie zur kapitalistischen Restauration, der Militarisierung des Landes, des Wettrüstens und des Expansionskurses sind. Die Situation ist deswegen so, weil die Schwerindustrie für die Armee arbeitet, und die riesigen Fonds, die dorthin fließen, für Rüstungsgüter aufgebraucht werden, die meisten und die besten Materialien in die Kriegsarsenale gesteckt werden und die hauptsächlichen wissenschaftlichen Einrichtungen und die fähigsten Arbeitskräfte für den Krieg arbeiten. Unter diesen Bedingungen bleiben für die Konsumgüterindustrie, die Landwirtschaft, die Dienstleistungen usw. einige Krümel, die zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig sind."

„Breschnew", fährt die Zeitung ‚Zeri i Popullit' fort, „prahlt, die Sowjetunion stelle soundsoviele Tonnen Stahl, soundsoviel Tonnen Erdöl, soundsoviel Tonnen Steinkohle und soundsoviele Tonnen Zement her. Aber wo gehen all diese Reichtümer, all dieser Schweiß und all diese Mühen der sowjetischen Werktätigen hin? Die imperialistische Armee und die Vorbereitungen auf Aggressionskriege sind wie ein unersättliches Ungeheuer, das, je mehr ihm gegeben wird, umso mehr verlangt. Dies ist es, das den Stahl frißt, das Erdöl schluckt, die Steinkohle verbrennt oder den Zement verbraucht, das den größten Teil des Staatshaushaltes verschlingt.

Ein höchst aufschlußreiches Beispiel der Militarisierung des Lebens des Landes und des zunehmenden Anteiles der Armee in der Politik und Wirtschaft gab der Parteitag selber. Zum ersten Mal wurden eigens zum Parteitag eine Gruppe Militärangehörige entsandt, um ihn parademäßig zu begrüßen, wie es gewöhnlich die Pioniere tun. Mit dieser ‚Feierlichkeit' wollte die Armee zeigen, daß sie nicht nur als militärische, sondern auch als politische Kraft vorhanden ist, die eine entscheidende Rolle im Leben der Sowjetunion spielt. (...)

Der Verlauf des 25. Parteitages beweist in jeder Hinsicht und in allen Aspekten, daß die Sowjetunion heute von einer Bürokraten- und Technokratenkaste beherrscht wird, die alle Kettenglieder und Kommandoinstanzen der Partei, des Staates, der Wirtschaft, der Kultur usw. fest in ihren Händen hält. Die auf dem Parteitag angegebenen Ziffern über die Zusammensetzung der Partei zeigen das sehr deutlich.

Von der Gesamtzahl der Parteimitglieder sind 44,5% Angestellte, gegenüber 41,6%, die die Arbeiter, und 13,9%, die die Kolchosbauern ausmachen. Ist zwar die Zahl der Arbeiter, die Parteimitglieder sind, der der Angestellten annähernd gleich, so gibt es doch aus ihren Reihen fast keinen Vertreter in den leitenden Organen der Partei. Entsprechend den von Breschnew genannten Ziffern sind 99,5% der Sekretäre der Zentralkomitees der Parteien in den Republiken, Bezirken und Rayons Intellektuelle, hauptsächlich Ingenieure und Wirtschaftsfachleute. Dieses Verhältnis dürfte auch für die Büros und Sekretäre der Grundorganisationen gelten.

Diese Technokratisierung der Partei versucht Breschnew mit der angeblichen Absicht zu erklären, sie qualitativ zu verbessern. Jeder aber sieht, daß sich mit jedem Jahr die Umwandlung der Partei in eine Partei der hohen Bürokratenschicht und der Arbeiteraristokratie weiter vertieft. Eben diese Technokraten und diese Schicht sind es, die auch die Hauptstütze der neuen Bourgeoisie in der sowjetrevisionistischen Partei bilden.

Die sowjetischen Führer haben bis heute großen Lärm darum gemacht, was sie ‚Probleme des entwickelten Sozialismus' nennen. Sie versuchten sogar, einige als neue Prinzipien und Thesen zu formulieren, die sie als ‚Weiterentwicklung des Leninismus' betrachteten. Sie hatten auch ausreichend darüber gesprochen, daß diese in einer neuen Verfassung widergespiegelt würden, deren Ausarbeitung eine von Chruschtschow geleitete Kommission übernommen hatte, was dann als Erbe auf Breschnew überging. Ihre Einfälle wurden jedoch allmählich immer dürftiger, und heute sind die theoretischen Probleme auf laufende Fragen der Verwaltung der Wirtschaft und ihrer technischen Seiten reduziert. Die Verfassung ist auf bessere Zeiten verschoben. In diesen Fragen zeugte der Parteitag von einer versteinerten Routine und Stagnation, die nur ein unbeweglicher Bürokratismus hervorrufen kann.

Breschnew und seine Clique versuchten, dem 25. Parteitag hohe, euphorische Töne zu verleihen und ihn als einen Parteitag der Stabilität, der Einheit und der Sicherheit hinzustellen. Doch der falsche Optimismus und die freigiebig auf dem Parteitag strömenden Worte können die schwierigen Probleme nicht verdecken, die heute die kapitalistische Gesellschaft der Sowjetunion beschäftigen. Sie können nicht die Beunruhigung und die Ernüchterung der Massen beseitigen.

Breschnew hatte Überfluß im Inneren und Frieden nach außen versprochen. Auf dem Parteitag erschien er mit zerrissenem Beutel und leerem Löffel. Jetzt singt er den gleichen Kehrreim in der Hoffnung, daß die Massen sich ihm fügen und sich nicht rühren werden, solange er auf dem Thron des Kreml sitzt. Kann aber dieser Zustand lange dauern?

Es ist wahr, daß heute in der Sowjetunion unter den Werktätigen eine nicht geringe politische und ideologische Unbeweglichkeit und Teilnahmslosigkeit existiert. Die chauvinistische Propaganda, soziale Demagogie und das Anstacheln eines Großmachtdünkels haben das sowjetische Volk nicht wenig verwirrt. Diese Trunkenheit kann jedoch nicht lange andauern. Die Mißerfolge häufen sich, und sie können eines Tages in eine wahre Tragödie umschlagen. Es wäre nicht nur für das sowjetische Volk, sondern für die Völker der ganzen Welt gut, wenn es erwachte und die Realität sähe.

Breschnew und Konsorten haben die Sowjetunion zu einem kapitalistischen Land gemacht, wo die Massen ausgebeutet und die Nationen unterdrückt werden, zu einer imperialistischen Supermacht, die von allen Völkern gehaßt und verflucht wird. Wir wollen hoffen, daß das sowjetische Volk, das die Freiheit und den Sozialismus kennengelernt hat, ein Volk, das Lenin, Stalin und die Bolschewiki hervorgebracht hat, erneut die Kraft finden wird, auch aus dieser finsteren Periode seiner Geschichte herauszutreten, in die es die Revisionisten getrieben haben. Der Sturz des Revisionismus wäre eine neue Seite, die es in die ruhmreiche Geschichte der Revolutionen, der Freiheit und der Unabhängigkeit der Völker schreiben kann."

„Die Partei der Arbeit Albaniens", schließt „Zeri i Popullit", „hat vorausgesehen und vorausgesagt, daß der Verrat der Sowjetrevisionisten zu großem Unglück für das sowjetische Volk und zur gefährlichen Bedrohung der anderen Völker führen würde. Deswegen wird unsere Partei, die dies für eine große internationalistische Pflicht hält, wie stets auch in Zukunft entschlossen ihren Kampf fortsetzen, um den Chruschtschowrevisionismus und die Hegemonie- und Expansionsakte der sowjetischen Führer, die Aggressionspolitik des Sozialimperialismus und des US-Imperialismus, dieser beiden wilden Feinde der Revolution, des Sozialismus und der Völker, zu entlarven."

(Der Artikel ist gekürzt, Zwischenüberschriften wurden von der RM-Redaktion hinzugefügt).

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

A.Araujo, Vertreter der FRETILIN
'Wir widerstehen mit unserem ganzen Stolz'

Schon seit über drei Monaten kämpft das Volk von Osttimor entschlossen gegen die Aggression der indonesischen Faschisten. Seine Kampflosung ist „Unabhängigkeit oder Tod" und unter dieser Losung hat es in der letzten Zeit große Erfolge in seinem Freiheitskampf errungen.

Obwohl hinter den indonesischen Faschisten die amerikanischen Imperialisten stehen, ihre Dollars und ihre Waffen; obwohl die indonesischen Faschisten zu blutigen Massakern greifen und sogar chemische Waffen einsetzen; obwohl sie immer neue und größere Kontingente von Soldaten schicken, ist es ihnen nicht gelungen, Osttimor in einem Blitzkrieg zu annektieren, wie sie es sich erhofft hatten. Im Gegenteil. In einer ihrer jüngsten Siegesbilanzen teilt die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Osttimors — FRETILIN — mit, daß 80% des Landes in der Hand der Patrioten sind, während sich die faschistischen Aggressoren in die kleinen Städte verkrochen haben.

Wie sieht das Volk von Osttimor, wie sieht die FRETILIN die Zukunft des Befreiungskampfes? Der Führer der FRETILIN und Staatsminister der Demokratischen Republik von Osttimor, Abilio Araujo, gab darauf vor einiger Zeit in einem Interview mit der Zeitschrift „Democratie Nouvelle" folgende Antwort:

„Wir widerstehen mit unserem ganzen Stolz. Wir haben sowohl militärisch als auch diplomatisch Siege über den Feind errungen. Unsere Erfahrungen im Kampf haben uns gezeigt, daß wir den Feind nicht mit friedlichen Mitteln besiegen können. Der Feind widersetzt sich mit allen Mitteln einer wahren Befreiung des Volkes. Im Geiste dieser historischen Wahrheit organisieren wir das Volk. Vor der indonesischen Invasion hatten wir bei einer Bevölkerung von 650000 Menschen 80000 Männer unter Waffen: 65000 gehörten zur Volksmiliz, 15000 sind Mitglied der FALITIN (Nationale Befreiungsstreitkräfte von Osttimor). **Das ist sehr wichtig, es ist das Volk, das bewaffnet gegen den Feind kämpft. Das Volk, zusammengeschlossen in der FRETILIN, wird unablässig Siege erringen.**

Der Fehler des Feindes war, unsere Kräfte, unsere Organisation und vor allem die Volksmassen zu unterschätzen. Wir betrachten die Besetzung Osttimors durch die indonesischen Truppen als den größten Fehler, den das Suharto-Regime begehen konnte. Mit dieser Invasion begann auch der Verfall des faschistischen indonesischen Regimes.

Was die Aussichten für unseren Kampf angeht, so sind wir optimistisch. Militärisch kontrollieren wir den größten Teil des Landes. Was den diplomatischen Gesichtspunkt angeht, so erhalten wir immer mehr Unterstützung. Die internationale Solidaritätsbewegung mit unserem Kampf entwickelt sich und ist von großer Bedeutung, sie entlarvt und isoliert das indonesische Regime. Deshalb habe ich allen Grund zu versichern, daß die Aussichten sehr gut sind.

Im Verhältnis zur allgemeinen zukünftigen Entwicklung betrachten wir unseren Kampf nicht nur als Kampf um unsere eigene Befreiung. Er ist ein Beitrag zum Kampf der Völker der Welt. Wir sehen, daß seit der Niederlage in Südostasien, in Kambodscha, Laos und Vietnam, der Imperialismus seine Kräfte in Indonesien konzentriert.

Unser Sieg bedeutet einen Fortschritt der Revolution vom Süden nach Norden und trägt bei zur Revolution in Indonesien selbst. Das heißt in keiner Weise, daß wir in irgendeiner Form in Indonesien kämpfen werden, das indonesische Volk wird seine Revolution alleine machen. In diesem Sinn ist unser Sieg entscheidend.

Wir kämpfen mit Stolz und Würde für unsere Befreiung. Wir beweinen den Tod von vielen indonesischen Soldaten, denn wir wissen, daß sie Interessen verteidigen, die nicht ihre eignen sind. **Wir hoffen, daß sie erkennen, daß sie für eine ungerechte Sache kämpfen und ihre Bajonette gegen den Feind richten. Wir kämpfen nicht gegen das indonesische Volk."**

Das Volk von Osttimor kämpft seinen heroischen Kampf viele tausend Kilometer von unserem Land entfernt. Aber dennoch ist es unsere besondere Pflicht, diesen Kampf zu unterstützen. Denn neben den amerikanischen Imperialisten sind es unter anderem vor allem die westdeutschen Imperialisten, die die Aggression des indonesischen faschistischen Regimes unterstützen, weil sie zu den Hauptplünderern der Reichtümer Indonesiens gehören. Das westdeutsche Finanzkapital ist einer der Hauptgläubiger des hoffnungslos verschuldeten indonesischen faschistischen Regimes. Die Kredite und immer neuen Kredite, die gegeben werden, stürzen die indonesischen Volksmassen nur noch tiefer ins Elend, während sie dem Finanzkapital ungeheure Profite garantieren. Ganz abgesehen davon, daß z. B. solche Monopole wie der Stahltrust Hoesch längst durch Kohlezechen und Erzschürfkonzessionen in jedem Jahr immense Profite einheimsen — Profite, an denen der Schweiß und das Blut des indonesischen Volkes klebt, das unter einer grausamen faschistischen Diktatur lebt.

Nieder mit dem indonesischen faschistischen Regime und seinen imperialistischen Herren!

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus!

Letzte Meldung:
Am 17. 3. meldete Radio Tirana, daß sich am 13. März die Bevölkerung der Hauptstadt Osttimors, Dili, gemeinsam mit den Befreiungsstreitkräften in einer bewaffneten Revolte erhob und den indonesischen Faschisten schwere Schläge versetzte. Am selben Tag griffen die Befreiungsstreitkräfte die indonesischen Militärlager in Dili, Bacau und anderen Städten an.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
VORSTAND DER KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto-Nr. 321004547
Stichwort: KAMBODSCHA

Palästina: Militante Massenkämpfe

Jerusalem, Ramallah, Nablus, Bethlehem — diese und andere Städte am Westufer des Jordan sind seit vielen Wochen Brennpunkt der großen militanten Massenkämpfe der arabischen Bevölkerung gegen die israelischen Besatzer.

Seit dem Aggressionskrieg im Juni 1967 halten die israelischen Zionisten die Gebiete auf dem Westufer des Jordan besetzt. Auch hier vertrieben sie unzählige Menschen aus ihrer Heimat, auch hier stahlen sie den arabischen Einwohnern das Land, um darauf ihre ‚Siedlerkolonien' zu errichten, auch hier unterdrücken sie die arabischen Bewohner mit Gewalt, Terror und Ausnahmegesetzen, kerkern Hunderte von Widerstandskämpfern ein und ermordeten viele. Aber seit 1967 hat die Bevölkerung dieses Gebiets niemals aufgehört, gegen die israelischen Besatzer zu kämpfen. Immer wieder organisierten die Arbeiter, die Bauern, die Studenten und Schüler, geführt von der Palästinensischen Befreiungsorganisation, PLO, Streiks, Demonstrationen und andere Aktionen und eröffneten damit eine zweite, eine innere Front gegen die Zionisten.

Seit dem vergangenen Jahr haben diese Kämpfe einen neuen Aufschwung genommen und die israelischen Zionisten in immer größere Bedrängnis gebracht. Besonders in Nablus fanden fast jeden Tag Demonstrationen und Protestkundgebungen vor allem der Jugendlichen statt. Am 7. und 8. März z. B. demonstrierten Tausende von Studenten und Schülern durch die Straßen der Stadt und kämpften gegen die Polizei und die Armee, die mit brutaler Gewalt gegen die Jugendlichen vorging. Am 9. März schlossen sich auch die Arbeiter verschiedener Wirtschaftszweige den Demonstrationen an. Um diese Demonstrationen zu unterdrücken, setzte die Polizei Gummiknüppel, Tränengasbomben und sogar Schußwaffen ein.

Mehrmals errichteten die Demonstranten Barrikaden und bewarfen die Soldaten mit Steinen. Auch am 13. März kam es in Nablus zu einer machtvollen Demonstration. Die Demonstranten zogen durch die Straßen der Stadt und riefen Losungen gegen die zionistische Besetzung ihrer Gebiete. **Bewaffnete Polizeikräfte und Soldaten stürzten sich sofort auf die Demonstranten, überfielen sie brutal und töteten drei Menschen, darunter zwei Frauen. Achtzehn Demonstranten wurden verwundet.**

Ähnliche Demonstrationen und Kämpfe fanden in dieser Zeit auch in anderen Städten dieses Gebietes statt.

All dies hat die israelischen Zionisten in Panik versetzt und sie antworteten mit der Entfesselung des totalen Terrors. Schon am 15. März verhängten die Behörden eine totale Ausgangssperre und warfen Truppenverstärkungen auf das Westufer des Jordan. Gleichzeitig beorderte der israelische Kriegsminister Peres die Bürgermeister dieses Gebiets zu sich und drohte ihnen mit ‚Vergeltungsaktionen', wenn sie nicht für Ruhe sorgen würden. Was die israelischen Zionisten unter ‚Vergeltungsaktionen' verstehen, zeigen ihre Verbrechen gegen die Flüchtlingslager im Libanon, wo sie Frauen und Kinder durch Napalm- und andere Bomben töten. ‚Vergeltung' nennen sie diese Morde.

Die Bevölkerung des Gebietes auf dem westlichen Ufer des Jordan wird sich dadurch nicht einschüchtern lassen. Ihr Kampf ist gerecht und wird letztendlich zum Sieg führen. Denn zugleich mit diesen Kämpfen verstärken auch die palästinensischen Freiheitskämpfer ihre bewaffneten Aktionen, die inzwischen einen großen Umfang angenommen haben und den Zionisten große Verluste zufügen. Ein Beispiel dafür ist die Vernichtung einer ganzen israelischen Streife von 20 Soldaten in der Nähe von Nablus vor kurzem.

Welle auf Welle vorwärtsstürmend wird das palästinensische Volk den zionistischen Unterdrückerstaat zerschmettern und ein neues, demokratisches Palästina aufbauen, in dem Christen, Mohammedaner und Juden einträchtig leben können.

Neue Kämpfe in Azania

In Südafrika erschüttert der Befreiungskampf des Volkes von Azania das faschistische rassistische Vorster-Regime immer mehr. Am Ende der vergangenen Woche wurden in Johannesburg Flugblätter verteilt, in denen die afrikanische Bevölkerung aufgerufen wird, sich zu erheben, um das „Monstrum Apartheid" zu zerschmettern.

Um das faschistische Regime Vorsters zu stürzen, um die „brutale Gewalt der Unterdrücker" zu brechen, so heißt es in dem Aufruf der Patrioten, gibt es nur den Weg des entschlossenen Kampfes des ganzen Volkes, eines Kampfes, dessen Speerspitze der bewaffnete Kampf für die Befreiung des Volkes und den Sturz des faschistischen Regimes ist.

Sofort nach Bekanntwerden dieses Aufrufes versammelten sich — Zeitungsberichten zufolge — 700 empörte Afrikaner vor einem Gerichtsgebäude in Johannesburg, um gegen einen Terrorprozeß gegen 7 fortschrittliche Afrikaner zu protestieren. Sie sangen revolutionäre Lieder und riefen revolutionäre Parolen. Die faschistische Polizei, die die Demonstration mit Schlagstöcken und Hunden zu unterdrücken versuchte, wurde mit einem Hagel von Steinen und Flaschen überschüttet.

Auf einem nahegelegenen Bahnhof hatten sich mehrere tausend Menschen versammelt, um ebenfalls gegen die brutale rassistische Unterdrückung durch das Vorster-Regime zu demonstrieren. Das Regime setzte starke Polizeikräfte ein. Aber die Afrikaner antworteten auf die reaktionäre Gewalt mit der Gewalt des Volkes, errichteten Barrikaden und überschütteten die Polizisten ebenfalls mit einem Hagel von Wurfgeschossen.

Die azanischen Patrioten erstrecken heute ihren Befreiungskampf auf das ganze Land und haben ihre bewaffneten Aktionen weiter ausgedehnt. Die Truppen der Rassisten sind, vor allem im Norden, von einem Feuerring umgeben und müssen schwere Schläge einstecken. Dazu kommt noch eine breite Welle von Demonstrationen und Streiks der Arbeiter und anderer Werktätiger. Vor allem die afrikanischen Kumpels der Gold- und Erzgruben führen immer wieder große Kämpfe durch, an denen sich Tausende beteiligen. Die Woge des bewaffneten Kampfes, der Rebellion und des Widerstandes gegen den Rassismus, den Kolonialismus, die brutale Unterdrückung und Ausbeutung hat in den Reihen des Rassistenregimes Panik hervorgerufen und dies umso mehr angesichts der **Siege, die die Völker des südlichen Afrikas** in der letzten Zeit in ihrem Kampf errungen haben. Das Rassistenregime verstärkt deshalb Gewalt und Terror und setzt gleichzeitig auf politische Schwindelmanöver, indem es von einer „Teilung der Macht" redet. Diese Schwindelmanöver werden in der letzten Zeit auch verstärkt von den westdeutschen Imperialisten unterstützt. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Wischnewki, z.B. beteuert immer seine Freundschaft mit den Befreiungsbewegungen, gleichzeitig aber wird das Rassistenregime mit Bonns Hilfe ausgerüstet, sogar mit Verfahren für die Herstellung von Atomwaffen. Ebenso unterhält die Bundesregierung in dem von Südafrika widerrechtlich besetzten Namibia ein Konsulat und unterstützt die weißen rassistischen Schulen mit Geld. Der Imperialismus, vor allem der amerikanische, der britische und der westdeutsche Imperialismus sind die wirklichen Herren Südafrikas, die seine Reichtümer plündern, das Volk ausbeuten und unterjochen. Heute versuchen außerdem die russischen Sozialimperialisten in die Befreiungsbewegungen einzudringen, um das Volk zu entwaffnen und selbst ihren Einfluß zu vergrößern.

Die Tatsachen zeigen aber, daß das azanische Volk immer klarer erkennt, daß es seine Freiheit und Unabhängigkeit nur erringen kann, wenn es einen kompromißlosen Kampf gegen die Rassisten führt, wenn es das Regime mit dem Gewehr in der Hand stürzt und seine Freiheit und Unabhängigkeit an niemanden verkauft.

Es lebe der Befreiungskampf des Volkes von Azania!

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità
Italien

VANGUARDIA OBRERA
Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NACÕES OPRIMIDAS UNÍ-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
Portugal

HALKIN SESİ 42
Türkei

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (Gewiso) bezogen werden. Wir bitten, insbesondere auch die ausländischen Kollegen, auf diese Möglichkeit hinzuweisen.

Anfragen über Erscheinungsweise und Bezugspreise sowie Bestellungen bitten wir zu richten an:

Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 1649
PSchKto Hmb Nr. 1935 72-207.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,30 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)

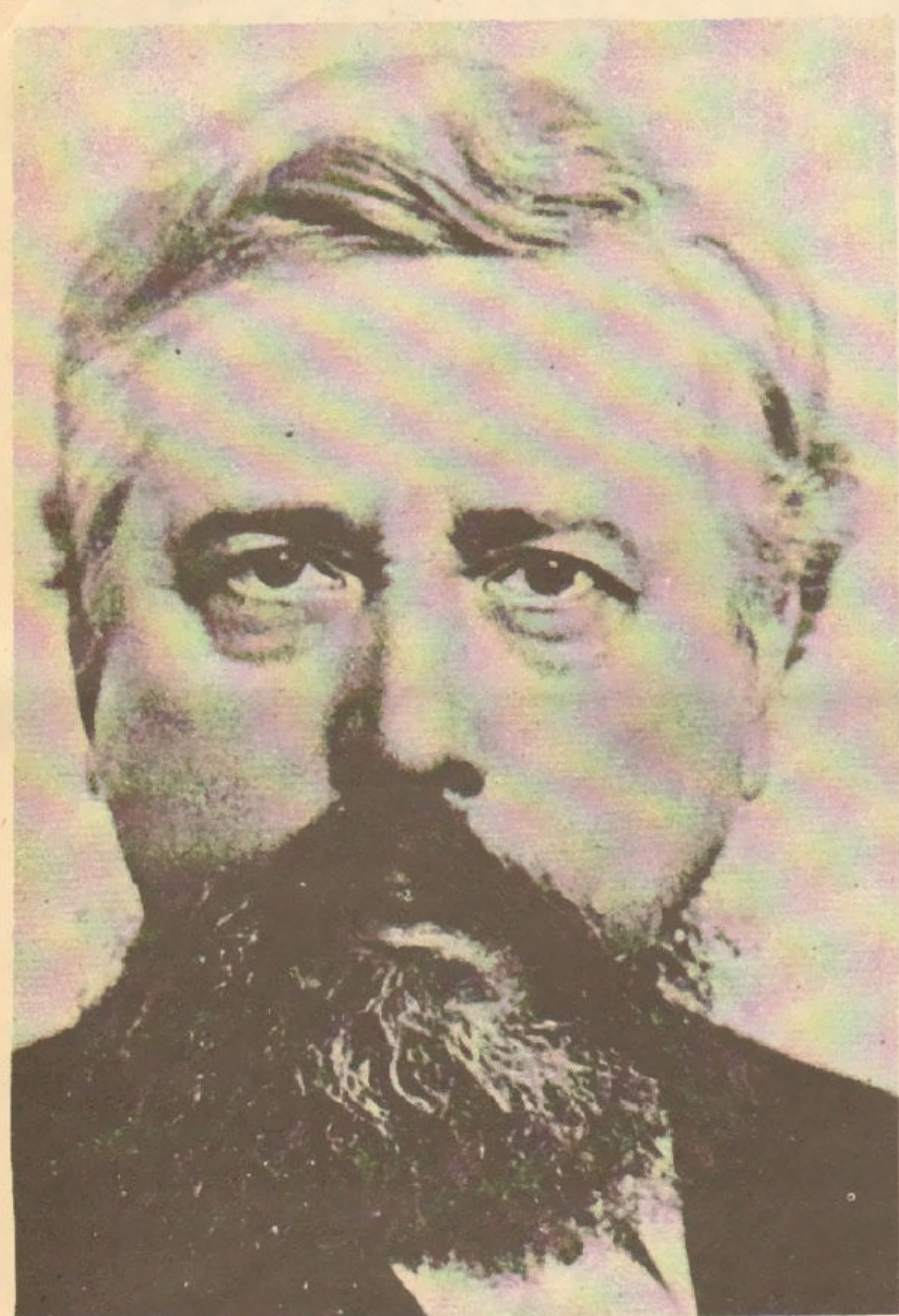


RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7 m entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

150. Geburtstag von Wilhelm Liebknecht



Vor 150 Jahren, am 19. März 1826, wurde Wilhelm Liebknecht, einer der großen revolutionären Führer der deutschen Arbeiterklasse geboren.

Nieder mit der Bundeswehr!

In diesen Tagen werden wieder Tausende von Jugendlichen zum Bund eingezogen. Die ROTE GARDE, die Jugendorganisation der KPD/ML, hat sich mit einem Flugblatt an diese Soldaten gerichtet. In diesem Flugblatt heißt es:

Schon Monate vorher haben die meisten von Euch diesen Tag verflucht. Und die 15 Monate fangen auch schon ‚gut' an. Mit Sicherheit empfängt Euch der schärfste Unteroffizier der Kompanie. Ihr sollt gleich wissen, wo der Hase langläuft. Und so, wie es anfängt, geht es auch weiter.

Schlimm sind gar nicht so sehr die körperlichen Anstrengungen. Sport, Schießen und Handhaben der Technik können ja sogar Spaß machen. Was Dich aber nerven wird, ist die ständige Anschreierei, der hirnlose Drill und die direkten Schikanen. Nach den ersten Tagen mit „Männchen machen" (strammstehen), „Anschiß" wegen offenem Knopf an der Uniform oder wegen nicht auf DIN A 4 gefalteten Hemden wirst Du denken: „Die spinnen, die Offiziere". — Aber die spinnen nicht. Diese Methoden wenden sie bewußt an, um Dich kleinzukriegen. Sie wollen Dich zum Kadavergehorsam erziehen. Oder wie es ein Hauptmann ausdrückte: „Sie brauchen nichts zu denken, es wird alles befohlen." Und ein einfacher Soldat, der denkt, das ist für die Offiziere eigentlich schon Meuterei. Der könnte ja darüber nachdenken, wozu und für wen er eigentlich die 15 Monate abreißt, und für wen er eigentlich im Ernstfall die Knochen hinhalten soll:

Bundeswehr übt Bürgerkrieg

Bei den Manövern wird von den Offizieren immer eine ausgedachte Manöverlage ausgegeben. 2 Beispiele: „Die Arbeiter des Henschelwerkes in Kassel streiken und haben die Fabrik besetzt. Unternehmer und Gewerkschaften sind nicht mehr Herr der Lage. Deshalb erhält die Kompanie die Aufgabe, das Werksgelände von den streikenden Arbeitern zu säubern." „In Süddeutschland haben Arbeiter ein ‚Rotland' errichtet. Die Bundeswehr erhält den Auftrag, den Aufstand niederzuschlagen." Ihr werdet, besonders wenn ihr zu den Jägern oder Panzergrennis kommt, ähnliche Übungen machen. Man wird Euch dazu ausbilden, als Bürgerkriegtruppe im Inneren eingesetzt zu werden. Ihr sollt eines Tages gegen Eure Kollegen in den Fabriken bei Streiks und Demonstrationen vorgehen. Ihr sollt auf Arbeiter schießen, wenn sie ein „Rotland" errichten, d.h. wenn sie Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und Unterdrückung im Kapitalismus satt haben und die sozialistische Revolution machen. Die Bundeswehr, das zeigen diese Befehle, ist wie der ganze Staatsapparat ein Instrument der Geldsäcke, der Kapitalisten — gegen die Arbeiter.

Die Kriegsgefahr wächst

Hauptsächlich wird man Euch aber mit riesigen Nato-Manövern, Gefechtsübungen im Gelände, Nato-Alarm, Schießplatzaufenthalt und ABC-Abwehrübungen für einen großen Krieg drillen. Besteht denn die Gefahr eines neuen Weltkrieges? Ja, wenn man hinter die betrügerischen Kulissen der pompösen Friedenskonferenzen schaut, sieht man, daß die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, wie wahnsinnig aufrüsten. Den kapitalistischen Bossen in Washington geht es genauso wie den neuen kapitalistischen Bonzen in Moskau um Profit, Absatzmärkte, billige Rohstoffe, Einflußgebiete, um Ausbeutung und Knechtung anderer Völker. Diese beiden größten imperialistischen Mächte ringen um die Weltherrschaft. Überall auf der Welt, ob in Nahost, Zypern, Portugal oder in Angola, schüren sie die Unruhe. Hier in Deutschland haben beide große Truppenverbände stationiert. Durch ihren Wettkampf um die Weltherrschaft wächst die Gefahr, daß unser Land zum Schlachtfeld eines Krieges zwischen beiden wird. In zwei Weltkriegen in diesem Jahrhundert haben die deutschen Kapitalisten ihre Hände nach der Weltherrschaft ausgestreckt. Die Profitgier und Aggressivität der Krupp und Thyssen sind seit damals nicht geringer geworden. Nur: heute sind sie und ihre Bundeswehr zu schwach, um alleine loszuschlagen. Trotzdem mischen sie schon ganz schön wieder mit. Sie haben sich an die Seite einer aggressiven Supermacht gestellt und spielen im Nato-Bündnis die 2. Geige. Um selbst Beute zu machen, verschärfen sie so den Kampf der Supermächte um die Weltherrschaft und die Gefahr für unser Land.

Den Imperialismus zerschlagen!

Lenin hat einmal gesagt: „Der moderne Militarismus ist das Resultat des Kapitalismus." Es ist die Jagd der Kapitalisten nach Profiten, der Kampf der imperialistischen Großmächte um die Weltherrschaft, die die Kriege hervorbringen. Es ist die Angst der Kapitalisten vor ihrem Untergang, die den Militarismus nach innen, die Aufrüstung gegen die Arbeiterklasse erzeugt. Kollege! Kamerad! Du bist gegen den Bund! Du willst was tun gegen die wachsende Kriegsgefahr! Du willst dagegen kämpfen, daß Du eines Tages auf Arbeiter schießen sollst! — Da gibt es nur eine Weg. Du mußt mit der ROTEN GARDE für den Sturz des Kapitalismus kämpfen. Das geht nur in der gewaltsamen sozialistischen Revolution. Denn auf Gebete hören die Kapitalisten nicht. Das zeigen doch gerade die Bürgerkriegsmanöver ihrer Bundeswehr. Genausowenig kannst Du mit Beten etwas gegen die Gefahr ausrichten, daß Russen und Amis unser Land mit einem neuen, grausamen Krieg überziehen. Unser Volk muß in Ost und West mit der Waffe in der Hand die Supermächte vom deutschen Boden vertreiben und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland errichten, in dem die Arbeiterklasse herrscht und das eine friedliebende Politik verfolgt.

Nicht Stillhalten beim Bund

Überall in der Bundeswehr nimmt der Widerstand der einfachen Soldaten zu. Die Kameradschaft der Mannschaftsdienstgrade ist meist sehr gut. Sie halten fest zusammen gegen Schikanen und Drill. Manche üblen Schleifer haben auch schon Prügel bezogen. In vielen Kasernen haben sich die Soldaten durch Boykott der Kantinen gegen Hungersold und unverschämte Kantinenpreise gewehrt. Die ROTE GARDE unterstützt alle diese Kämpfe — die Rotgardisten beim Bund machen da aktiv mit. Nimm auch Du mit uns beim Bund den Kampf auf, damit diese imperialistische Armee soweit wie möglich unbrauchbar ist, wenn die Kapitalisten sie gegen fremde Völker oder gegen das eigene Volk einsetzen wollen.

Westdeutsche Großstädte
Für Ausländer verboten

Ab 1. April dürfen Ausländer nicht mehr in die Städte ziehen, in denen ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung mehr als 12% beträgt. Damit werden unter anderem Westberlin und Köln zu „verbotenen Städten" für Ausländer. Nach einer Anordnung verschiedener Landesregierungen vom April vergangenen Jahres ist es Ausländern sogar verboten — bei Androhung ihrer Ausweisung — sich in solchen Städten länger als 24 Stunden aufzuhalten.

Die Ausländer, die hier gemeint sind, sind nicht etwa die internationalen Schieber- und Verbrecherbanden, die in unseren Großstädten ihr Unwesen treiben; gemeint sind auch nicht die amerikanischen Besatzer, von denen die Bundesregierung ja sogar noch mehr ins Land geholt hat und gemeint sind erst recht nicht die internationalen Monopole, die Multis, die Zigtausende von westdeutschen Arbeitern ausbeuten; nein, gemeint sind unsere ausländischen Kollegen aus Spanien, aus der Türkei, aus Jugoslawien und anderen Ländern, die nicht der EG angehören, die Seite an Seite mit den deutschen Arbeitern in den Betrieben für die Profite der Kapitalisten schuften.

Dafür werden sie auch noch verstärkt unterdrückt und diskriminiert, von den Kapitalisten, den Regierungen und Stadtverwaltungen, den Behörden und Ämtern als Menschen zweiter Klasse behandelt, denen durch die reaktionären Ausländergesetze von vornherein alle politischen Rechte genommen worden sind. Und jetzt ist es ihnen sogar verboten, ihren Wohnsitz frei zu wählen.

Und dazu kommt die rassistische Hetze, die offen, wie in Springers Lügenblatt „Bild" (wo erst vor kurzem eine türkische Kollegin als „faulste Arbeitslose" hingestellt wurde, um anschließend zu hetzen: „Raus mit ihr!") oder raffiniert verpackt, betrieben wird, um die besondere Unterdrückung der ausländischen Kollegen zu rechtfertigen. Und vor allem, um die gemeinsame Kampffront aller Ausgebeuteten zu spalten. Nicht die Kapitalisten, nicht das kapitalistische Ausbeutersystem, so soll den deutschen Arbeitern eingeredet werden, ist schuld an Arbeitslosigkeit und der Verschlechterung der Lebenslage, sondern der Sündenbock, das sollen angeblich die ausländischen Kollegen sein. Und schon ist auch wieder die Rede von der „Überfremdung unserer Städte", so wie Hitler von „Überfremdung" geiferte, als die Faschisten ihren Terror gegen die Juden entfachten.

Aber in Köln z.B., wo die Kapitalisten sogar den Rosenmontagszug für ihre rassistische Hetze auszunutzen versuchten, hat sich gezeigt, daß die Empörung über diese Hetzpropaganda wächst. In Köln hat sich auch während des Streiks bei Ford im Spätsommer 1973 gezeigt, wovor die Kapitalisten Angst haben: daß sich die deutschen und ausländischen Arbeiter gemeinsam im Kampf zusammenschließen, daß sie gemeinsam gegen Ausbeutung und Unterdrückung rebellieren.

Deutsche und ausländische Arbeiter, eine Kampffront!

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Verlag
G. Schubert
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,-- ○ halbjährlich DM 15,-- ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004—393. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.30-19.00, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

MÜNSTER
Roter-Morgen-Veranstaltung, 27.3., 20 Uhr im „Burggrafen", Universitätsstr.

WESTBERLIN
Veranstaltung zur Roter-Morgen-Kampagne, Charlottenburger Festsäle, Königin-Elisabeth-Str., am 3.4. 17 Uhr.

SCHÜLP
Bauernveranstaltung, 26. 3., „Dithmarscher Krog", Beginn 19 Uhr. Es spricht Ernst Aust.

STUTTGART
Gaststätte Wienerwald, St.-Degerloch, Epple-Str. 4, am 3.4.76, 16 Uhr. Thema: „Nieder mit dem bürgerlichen Wahlschwindel."

Veranstaltung der ROTEN GARDE WILHELMSHAVEN
Zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. 30.3.76 in Wilhelmshaven-Fedderwardergroden, Möwenstr. 68 Beginn 19 Uhr.

Große portugiesische Festveranstaltung
27.3.76 in Hagen-Haspe, „St. Konrad" Enneper Str. 128, Beginn 20 Uhr.